

Situations- und Ressourcenanalyse

für die Pfd Landkreis Lüneburg

Impressum

Dezember 2025
erstellt durch:

Ibis Institut
Bismarckstraße 120
47057 Duisburg

Autor*innen:
Mareike Schmidt (M.A. Sozialwissenschaften), Frank Jessen (Diplom-Soziologe)

Die Analyse wurde im Auftrag des Landkreises Lüneburg in Kooperation mit der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung erstellt. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Partnerschaft
für Demokratie
Landkreis Lüneburg



LANDKREIS LÜNEBURG

Die Durchführung der Analyse wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" gefördert. Der Landkreis Lüneburg setzt das Bundesprogramm seit 2025 in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartner:innen um.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	4
1. Einleitung	5
2. Analyse der Ist-Situation	7
2.1 Faktoren, die den Raumkontext prägen	7
2.2 Zentrale Problemlagen im Landkreis Lüneburg	10
2.2.1 Demokratiefeindlichkeit, Vielfaltsablehnung und rechte Strukturen	10
2.2.2 Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien und GMF	16
2.2.3 Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Amtsträger*innen	19
2.2.4 Sozialräumliche Verortung der Probleme	20
2.2.5 Besonders gravierende Probleme	21
2.3 Ursachen, Kontext- und Rahmenbedingungen	22
2.3.1 Ursachen der Problemlagen	22
2.3.2 Kontext- und Rahmenbedingungen	24
2.3.3 Mittelfristige Entwicklungsszenarien	25
2.3.4 Akteur*innen und Netzwerke, die die konstruktive Bearbeitung von Problemen erschweren	26
3. Analyse der Ressourcen, Bedarfe und Potenziale	28
3.1 Die Rolle von Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft	28
3.2 Die Rolle von kommunalpolitischen Akteur*innen	31
3.3 Sektorübergreifende Kooperation	32
3.4 Benötigte Unterstützung	33
3.5 Überregionale Vernetzungspotenziale	34
3.6 Geeignete Ansätze und Maßnahmen	35
3.7 Angebote und Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung	39
4. Fazit	41
5. Literatur- und Quellenverzeichnis	42
6. Anhang	43

Abbildungsverzeichnis

Nr.	Beschreibung	Seite
1.	Anteil nichtdeutscher Bevölkerung	7
2.	Durchschn. Bruttoeinkommen im Landkreis Lüneburg in €	8
3.	Wahlergebnisse LK Lüneburg Zweitstimmen Bundestagswahl 2025	8
4.	Lage Amt Neuhaus im Landkreis Lüneburg	9
5.	Zustimmung zu Aussagen „Gleichberechtigung und Minderheitenschutz“	10
6.	Zustimmung zu Aussagen „Migration und Vielfalt“	11
7.	Zustimmung zu Aussagen „Politische Mitsprache und Meinungsfreiheit“	12
8.	Größte Probleme und Herausforderungen im Landkreis Lüneburg	13
9.	Politisch motivierte Kriminalität (Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/ Uelzen)	16
10.	Haben Sie schon einmal erlebt, dass jemand im Landkreis schlecht behandelt oder ausgeschlossen wurde – zum Beispiel wegen Aussehen, Herkunft oder Le- bensweise?	17
11.	Diskriminierungserfahrungen – Worum ging es?	17
12.	Wie gut könnten Sie sich folgende Personengruppen als Nachbarinnen oder Nachbarn vorstellen?	18
13.	Könnten Sie sich vorstellen, sich für ein gutes Zusammenleben im Landkreis ein- zusetzen oder mitzumachen?	30
14.	Was würde Menschen helfen, die sich im Landkreis gegen Ausgrenzung oder für ein gutes Miteinander stark machen wollen?	30
15.	Was würde Sie motivieren, an Projekten oder Veranstaltungen teilzunehmen, in denen es um das Zusammenleben im Landkreis geht?	35
16.	Welche Art von Veranstaltung würde Sie besonders ansprechen?	37

1. Einleitung

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse (S&R-Analyse) bildet die **fachliche Grundlage für die strategische Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Lüneburg**. Ziel der Analyse ist es, die aktuellen kommunalen Problemlagen, vorhandenen Ressourcen sowie Potenziale systematisch sichtbar zu machen und auf dieser Basis ein bedarfsorientiertes Handlungskonzept zu ermöglichen.

Die S&R-Analyse wurde als **Mixed-Methods-Studie** durchgeführt. Das Verfahren folgt dem sozialwissenschaftlichen Prinzip der Methoden-Triangulation (Flick 2011) und verbindet qualitative mit quantitativen Daten.

Zu Beginn wurden kommunale, regionale und wissenschaftliche **Dokumente und Daten systematisch ausgewertet**. Zudem wurden insgesamt **12 leitfadengestützte Experten*inneninterviews** durchgeführt, um die Einschätzungen und das Erfahrungswissen lokal aktiver Akteur*innen systematisch einzubeziehen. Der Leitfaden orientierte sich an Meuser & Nagel (1997, 2005) und ermöglichte narrative, theoriegenerierende Datenerhebung. Die Auswahl der Expert*innen erfolgte in Abstimmung mit der Koordinierungs- und Fachstelle der PfD Landkreis Lüneburg und der Kreisverwaltung. Ziel war es, möglichst viele unterschiedliche Perspektiven, z.B. aus Verwaltung, Schule und Bildung, Freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden, Zivilgesellschaft und Vereinen, einzubeziehen. Ergänzend wurde ein **Fokusgruppeninterview mit Vertreter*innen der Sozialraumbüros** im Landkreis Lüneburg durchgeführt, um fachliche Perspektiven aus unterschiedlichen Gemeinden zusammenzuführen und sozialräumliche Unterschiede sichtbar zu machen.

Parallel dazu erfolgte eine **Onlinebefragung der breiten Bevölkerung im Landkreis**, an der insgesamt 609 Personen teilnahmen. Befragte aus der Hansestadt Lüneburg, die angaben, selten oder nie Zeit im Landkreis zu verbringen (133 Personen), wurden nicht berücksichtigt, da für die Hansestadt eine gesonderte S&R-Analyse erstellt wird. Zusätzlich zu den im Landkreis wohnhaften Teilnehmenden (442 Personen) wurden bei einzelnen Fragen (z.B. Einschätzungen zu Herausforderungen und Lösungsansätzen) 81 Personen aus der Hansestadt Lüneburg, die angaben, sich regelmäßig im Landkreis aufzuhalten, sowie 13 Personen, die außerhalb wohnen, aber im Landkreis arbeiten, berücksichtigt (s. Anhang: Daten zu den Teilnehmenden der Onlineumfrage).

Die Ergebnisse wurden integriert ausgewertet, um Muster zu identifizieren, Befunde zu validieren und wechselseitige Ergänzungen zwischen qualitativen und quantitativen Daten herauszuarbeiten. Diese Triangulation erhöht die Validität der Analyse und ermöglicht eine umfassende Abbildung der demokratierelevanten Ausgangslage im Landkreis.

Hinweise zur methodischen und begrifflichen Einordnung:

Interpretation der Onlineumfrage: Die Umfrage basierte auf freiwilliger Teilnahme und stellt daher keine repräsentative Bevölkerungstichprobe dar. Bestimmte Gruppen – etwa Personen mit geringer digitaler Reichweite oder geringer thematischer Affinität – könnten unter- bzw. überrepräsentiert sein. Die Ergebnisse erlauben somit keine statistisch generalisierbaren Aussagen, bieten jedoch ein breites und differenziertes Stimmungsbild zu Wahrnehmungen, Herausforderungen und Erfahrungen im Landkreis Lüneburg. In Kombination mit den qualitativen Interviews tragen sie wesentlich dazu bei, lokale Problemlagen, Einstellungen und Bedarfe sichtbar zu machen.

Einordnung Extremismus-Begriff: In der vorliegenden Analyse wird der Begriff „Extremismus“ nicht im Sinne eines symmetrischen Hufeisenmodells verwendet. Die Analyse folgt vielmehr einer demokratietheoretischen Perspektive, die menschenfeindliche Ideologien, Ungleichwertigkeitsvorstellungen und autoritäre Deutungsmuster in den Mittelpunkt stellt. Kritik an politischen Entscheidungen, staatlichen Institutionen oder der parlamentarischen Demokratie wird dabei ausdrücklich als Teil demokratischer Aushandlung verstanden, solange sie auf den Grundprinzipien von Menschenwürde, Gleichberechtigung und Pluralismus basiert. Im Fokus der Analyse stehen daher jene Akteur*innen, Strukturen und Diskurse, die diese Prinzipien infrage stellen oder aktiv untergraben – insbesondere rechtsextreme und völkische Ideologien sowie Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

2. Analyse der Ist-Situation

2.1 Faktoren, die den Raumkontext prägen

Der Landkreis Lüneburg liegt im Nordosten Niedersachsens und erstreckt sich südlich von Hamburg zwischen dem Elbetal und der Lüneburger Heide. Es handelt sich um einen **ländlich geprägten Flächenlandkreis** mit 179.403 Einwohner*innen (Stichtag 31.12.2023) auf 1.323,16 km². Der Landkreis zeichnet sich durch eine **vielfältige Siedlungsstruktur** aus, die von der urbanen Hansestadt Lüneburg bis hin zu ländlich geprägten Gemeinden und Samtgemeinden reicht.¹ Diese Vielfalt führt zu **deutlichen Unterschieden in Infrastruktur und sozialen Lebenslagen**. Während die Hansestadt Lüneburg ein dichtes Netz an Bildungs-, Beratungs- und Kultureinrichtungen bietet, beruhen die ländlichen Gemeinden stärker auf ehrenamtlich getragenen Strukturen wie Vereinen, Freiwilligen Feuerwehren oder Kirchengemeinden. Gleichzeitig sind die Gemeinden sehr unterschiedlich ausgestattet wodurch unterschiedliche Rahmenbedingungen gelten.

*Zitat Expert*in: „Der Landkreis ist sehr divers. Man muss es samtgemeindeweit runterbrechen um zu sagen: diese oder jene Ausgangslage haben wir“.*

Die Siedlungsstruktur ist stark **dezentral**: der größte Teil des Landkreises besteht aus ländlichen Strukturen mit kleineren Dörfern und Streusiedlungen. Viele Orte sind **nur eingeschränkt an den öffentlichen Nahverkehr angebunden**. Buslinien orientieren sich häufig an Schulzeiten oder zentralen Achsen. Ohne eigenes Fahrzeug sind in vielen Gemeinden Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten nur schwer erreichbar.

Die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis ist dynamisch: Während der **Landkreis insgesamt wächst**, zeigen sich regional unterschiedliche Trends. So verzeichnet die Hansestadt Lüneburg ein stärkeres Wachstum, während einige ländliche Gemeinden langsamer wachsen oder stagnieren.² Zudem lebt im Landkreis eine jüngere Bevölkerung als im Durchschnitt Niedersachsens. Dennoch altert auch hier die Bevölkerung, besonders in ländlichen Gebieten.³

Der **Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung** hat sich zwischen 2012 und 2022 zwar von 3,8 % auf 8,2 % erhöht, liegt jedoch weiterhin deutlich **unter dem niedersächsischen Durchschnitt** von 11,8 % (s. Abbildung 1).⁴



¹ Zu den Einheitsgemeinden zählen Adendorf, Amt Neuhaus und Stadt Bleckede. Zu den Samtgemeinden gehören Amelinghausen, Bardowick, Dahlenburg, Gellersen, Ilmenau, Ostheide und Scharnebeck.

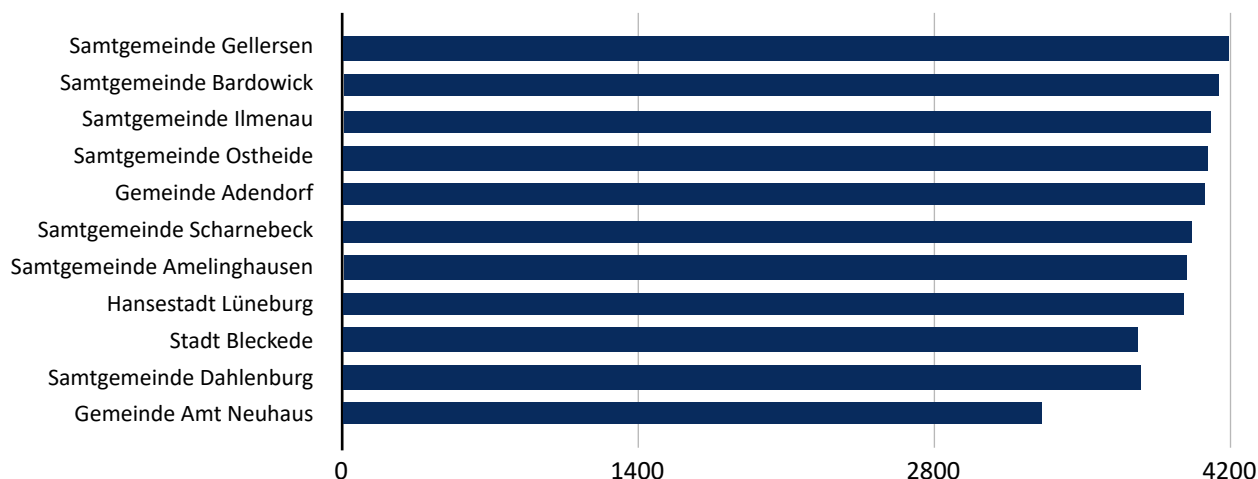
² Vgl. Pflegebericht Landkreis Lüneburg 2025, S. 12.

³ Vgl. Pflegebericht Landkreis Lüneburg 2025, S. 23

⁴ Vgl.: Kommunale Datenbank, NI-A01.3i.

Innerhalb des Landkreises bestehen deutliche **soziale Ungleichheiten**, die sich u. a. am durchschnittlichen Bruttoeinkommen zeigen (s. Abbildung 2). Die Spannweite reicht von über 4.200 € bis zu lediglich 3.313 €. Auffällig **niedrige Einkommenswerte** finden sich insbesondere in **Amt Neuhaus, Dahlenburg und Bleckede**.⁵

Abbildung 2: Durchschn. Bruttoeinkommen im Landkreis Lüneburg in €



Auch **politisch ist der Landkreis heterogen** (s. Abbildung 3).⁶ Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2025 zeigen deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land. In der Hansestadt Lüneburg erreichen **Grüne** (22,85 %) und **Linke** (14,58 %) besonders hohe Werte, während die AfD dort vergleichsweise schwach abschneidet (11,63 %). In mehreren ländlichen Gemeinden erzielt die **AfD** hingegen **deutlich höhere Werte**, etwa in **Amt Neuhaus (28,36 %)**, **Bleckede (23,84 %)**, **Dahlenburg (22,85 %)** oder **Osteide (20,39 %)**.

Abbildung 3: Wahlergebnisse LK Lüneburg Zweitstimmen Bundestagswahl 2025

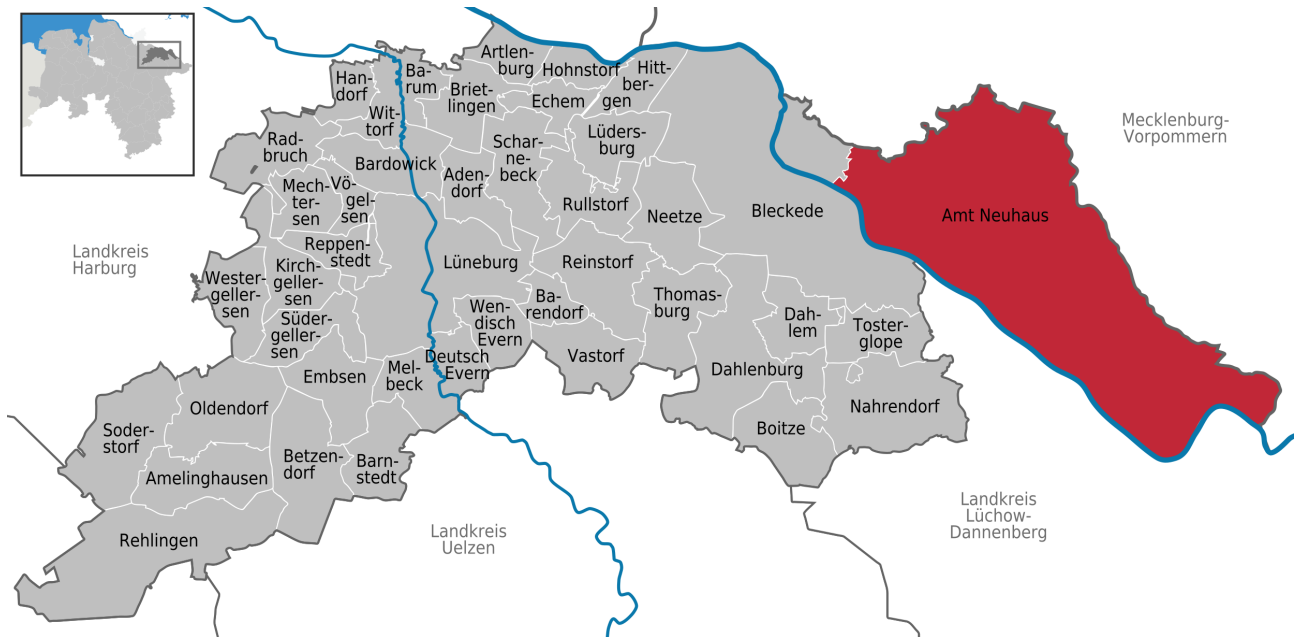
	CDU	SPD	Grüne	AfD	Linke	Sonstige
Gesamt	24,07 %	21,02 %	17,05 %	16,08 %	10,26 %	11,52 %
Gemeinde Adendorf	27,18 %	23,08 %	15,3 %	16,94 %	6,61 %	10,91 %
Stadt Bleckede	25,83 %	20,35 %	10,46 %	23,84 %	7,81 %	11,73 %
Hansestadt Lüneburg	19,46 %	20,75 %	22,85 %	11,63 %	14,58 %	10,74 %
Gemeinde Amt Neuhaus	25,89 %	15,12 %	5,38 %	28,36 %	9,71 %	15,54 %
Samtgemeinde Amelinghausen	27,45 %	21,62 %	13,64 %	17,99 %	6,73 %	12,58 %
Samtgemeinde Bardowick	27,93 %	21,87 %	14,04 %	17,19 %	6,76 %	12,2 %
Samtgemeinde Dahlenburg	24,53 %	18,56 %	13,3 %	22,85 %	8,16 %	12,6 %
Samtgemeinde Gellersen	28,64 %	22,47 %	15,53 %	14,33 %	7,95 %	11,09 %
Samtgemeinde Ilmenau	26,21 %	22,25 %	14,27 %	17,61 %	7,92 %	11,75 %
Samtgemeinde Osteide	26,32 %	20,65 %	13,38 %	20,39 %	7,34 %	11,93 %
Samtgemeinde Scharnebeck	27,8 %	20,64 %	11,8 %	20,05 %	7,23 %	12,45 %

⁵ Vgl.: <https://www.landeszeitung.de/lokales/lueneburg-lk/gehalts-check-was-die-menschen-im-landkreis-lueneburg-im-durchschnitt-verdienen-76YDMPYOCNAEJP4JIXWWHKJ55A.html> (zuletzt abgerufen am 02.12.2025).

⁶ Vgl.: <https://votemanager.kdo.de/20250223/03355000/praesentation/index.html> (zuletzt abgerufen am 02.12.2025).

Eine besondere historische Prägung ergibt sich durch **Amt Neuhaus, das bis 1993 zur DDR gehörte** und erst danach Niedersachsen zugeordnet wurde. Diese Ost-West-Biografie bildet einen eigenen Erfahrungsraum, der sich bis heute auf institutionelles Vertrauen, politische Orientierung und soziale Strukturen auswirkt. Hinzu kommt eine räumliche Besonderheit: Der östliche Landkreis (die gesamte Gemeinde Amt Neuhaus und Teile der Gemeinde Bleckede) ist **durch die Lage entlang der Elbe teilweise vom übrigen Kreisgebiet getrennt**. Da es keine feste Brücke gibt, ist die Anbindung überwiegend auf Fähren angewiesen, deren Betrieb bei Niedrigwasser oder Eisgang eingeschränkt sein kann. Diese Situation führt zu räumlichen Abkopplungen, erschwert Alltagsmobilität und begrenzt den Zugang zu zentralen Angeboten.

Abbildung 4: Lage Amt Neuhaus im Landkreis Lüneburg



Zusammenfassend zeigt sich ein heterogener Flächenlandkreis, dessen soziale, räumliche und historische Unterschiede die Ausgangsbedingungen demokratischer Arbeit maßgeblich prägen. Diese strukturellen Faktoren bilden den Hintergrund für die nachfolgenden Analysen der Problemlagen, Ressourcen und Potenziale im Landkreis Lüneburg.

2.2 Zentrale Problemlagen im Landkreis Lüneburg

2.2.1 Demokratiefeindlichkeit, Vielfaltsablehnung und rechte Strukturen

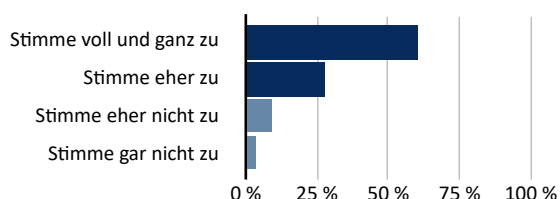
Zentrale Ergebnisse der Onlineumfrage:

Die Onlineumfrage liefert erste Hinweise dazu, inwiefern demokratische Werte im Landkreis Lüneburg unterstützt, aber auch in Frage gestellt oder abgelehnt werden.

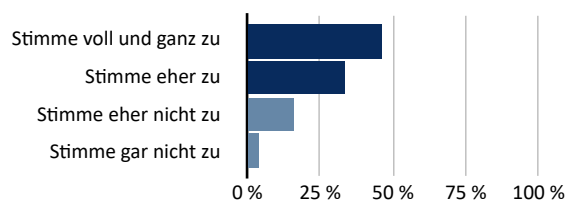
Wie in Abbildung 5 sichtbar wird, besteht im Landkreis Lüneburg eine breite Zustimmung zu zentralen demokratischen Prinzipien wie **Gleichberechtigung und Minderheitenschutz**. Mit etwa 88 % Zustimmung (eher oder voll und ganz) ist die Forderung nach gleichen Rechten und Chancen für alle Menschen (Statement A) der am deutlichsten getragene Wert im gesamten Datensatz. Zugleich erkennen fast 80 % der Befragten eher oder voll und ganz an, dass echte Chancengleichheit in manchen Fällen zusätzliche Maßnahmen erforderlich macht (Statement B). Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Mehrheit nicht einem eindimensionalen Gleichheitsverständnis folgt. Rund 20 % lehnen solche gezielten Unterstützungsmaßnahmen jedoch ab.

Abbildung 5: Zustimmung zu Aussagen „Gleichberechtigung und Minderheitenschutz“

A) *Alle Menschen, die hier leben, sollen die gleichen Chancen und Rechte haben – egal, woher sie kommen. (n=346)*



B) *Ich finde es wichtig, dass Minderheiten in unserer Gesellschaft gezielt unterstützt werden. (n=343)*



Die Wertorientierungen variieren dabei zwischen den Altersgruppen. So liegt die Zustimmung zu Statement A in der Gruppe der 51- bis 65-Jährigen nur bei 81,5 %. Bei Statement B sticht hingegen die Gruppe der 18- bis 26-Jährigen hervor: Hier empfindet es mit 66,7 % nur jede zweite Person als wichtig, dass Minderheiten gezielt unterstützt werden (13,3 Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt).

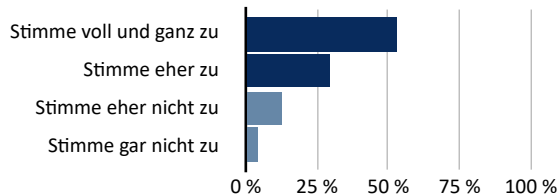
Im Themenfeld Migration und Vielfalt zeigt sich eine große Ambivalenz (s. Abbildung 6). Zwar befürwortet eine große Mehrheit der Befragten (83 %) das **Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen** eher oder voll und ganz (Statement C), zugleich sieht jedoch fast die Hälfte (46,2 %) **Zuwanderung** eher oder voll und ganz **als Risiko oder potenzielle Bedrohung**, da sich Deutschland dadurch zu sehr verändern könnte (Statement D). Fast zwei Drittel (63,1 %) erwarten zudem eine weitgehende **kulturelle Anpassung** neu Zugewanderter (Statement E). Die Daten machen deutlich, dass Vielfalt als gesellschaftliches Ideal breite Zustimmung erfährt, migrationsbedingte Veränderungen in der Praxis jedoch Unsicherheit auslösen.

Zudem zeigen sich auch hier Unterschiede in Bezug auf das Alter: Die Gruppe der 18- bis 26-Jährigen steht Vielfalt am kritischsten gegenüber und hat am stärksten Angst vor Veränderungen durch Zuwanderung (57,1 % eher oder volle Zustimmung zu Statement D). Gleichzeitig ist der Assimilations-Gedanke hier jedoch mit 61,9 % etwas weniger stark ausgeprägt als im Durchschnitt. Demgegenüber befürworten ältere Befragte (51+) Vielfalt zwar stärker und sind weniger verunsich-

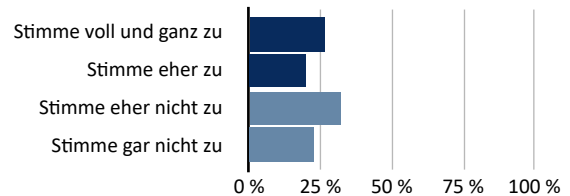
chert, erwarten jedoch eher kulturelle Anpassung (über 72 % eher oder volle Zustimmung zu Statement E).

Abbildung 6: Zustimmung zu Aussagen „Migration und Vielfalt“

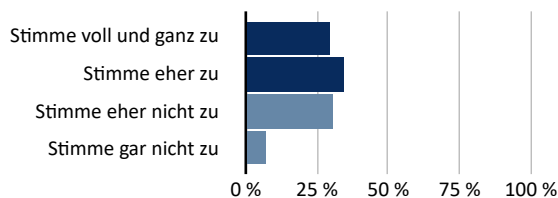
C) *Ich finde es gut, dass in Deutschland Menschen mit vielen verschiedenen Hintergründen zusammenleben. (n=346)*



D) *Ich habe Angst, dass sich Deutschland durch Zuwanderung zu sehr verändert. (m=346)*



E) *Wer in Deutschland lebt, sollte sich an unsere Kultur und Lebensweise vollständig anpassen. (n=347)*



Auch in den offenen Antworten der Onlineumfrage ist ein **ambivalenter Umgang mit Migration und Vielfalt** zu finden (z.B. auf die Frage: „Was müsste sich in den nächsten Jahren ändern, damit das Zusammenleben im Landkreis besser gelingt?“). Einige Stimmen heben die Chancen von Vielfalt und die Notwendigkeit von Begegnung und Förderung hervor. So sind einige Teilnehmende der Ansicht, dass Integration und Miteinander sehr gut gelebt werden könnten, wenn gemeinsame Aktivitäten gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund wünschen sich viele Befragte „mehr interkulturellen Austausch, um andere Kulturen besser zu verstehen und kennenzulernen“ (s. auch Abbildung 8). Auch wird gefordert, Zugewanderte durch „Patenschaften“, „mehr Sprachkurse“ oder „offene Begegnungsräume“ stärker einzubinden, um Vorurteile abzubauen und gegenseitige Anerkennung zu fördern.

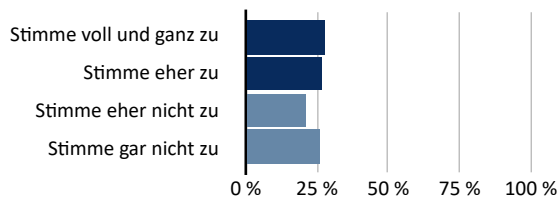
Zahlreiche Teilnehmende äußern jedoch **deutliche Sorgen vor „Überfremdung“** oder sprechen sich für eine Reduktion der Zuwanderung aus. Mehrere Beiträge enthalten migrationsfeindliche oder kulturpessimistische Aussagen, teils bis hin zu rassistischen Zuschreibungen oder narrativen Mustern, die eine klare Abgrenzung zwischen „Mehrheitsgesellschaft“ und Zugewanderten betonen. So wird etwa gefordert, „Weniger Zuwanderung aus muslimischen/afrikanischen Staaten“ zuzulassen oder Deutschland vor „Überfremdung“ zu schützen. Andere argumentieren, Zugewanderte seien „von Grund auf anders erzogen“ und müssten sich stärker der deutschen Kultur anpassen, damit ein Zusammenleben möglich ist. Damit wird deutlich, dass **positive Haltungen zu Vielfalt und Skepsis gegenüber migrationsbedingten Veränderungen im Landkreis vielfach parallel** bestehen.

Ein besonders auffälliger Befund in der Onlineumfrage sind die Wahrnehmungen zu **politischer Mitsprache und Meinungsfreiheit** (s. Abbildung 7). Hier wird ein ausgeprägtes **demokratisches Vertrauensdefizit** sichtbar: Über die Hälfte der Befragten (53,5 %) hat eher oder voll und ganz das Gefühl, heute nicht mehr frei äußern zu können, was sie denken (Statement F). Diese Aussage ist ein Frühindikator für Polarisierung und Rückzug aus demokratischer Diskussion. Noch deutlicher wird das Misstrauen in Politik an anderer Stelle: 78,6 % sind eher oder voll und ganz der

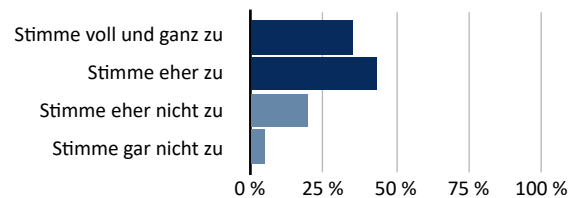
Meinung, politische Entscheidungen würden häufig über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen (Statement G).

Abbildung 7: Zustimmung zu Aussagen „Politische Mitsprache und Meinungsfreiheit“

F) *Ich habe das Gefühl, dass man heute nicht mehr offen sagen kann, was man denkt. (n=346)*



G) *Die Regierung trifft viele Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg. (n=344)*



Mit Blick auf die Altersgruppen stechen erneut die 18- bis 26-Jährigen ins Auge. Hier zeigen sich bei beiden Fragen höhere Zustimmungswerte als im Durchschnitt: Ganze 88,1 % stimmen der Aussage eher oder voll zu, dass die Regierung viele Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg trifft (+12,5 %). 71,4 % haben eher oder voll und ganz das Gefühl, dass man heute nicht mehr offen sagen kann, was man denkt (+18 %).

Eine zentrale Rolle spielt eine wahrgenommene politische Ausgrenzung, die von den Befragten als wiederkehrende Erfahrung beschrieben wird. Die Freitextantworten zeigen, dass insbesondere Personen mit rechtskonservativen bis deutlich migrations- und vielfalts-skeptischen Positionen ihr Erleben häufig im Kontext von Meinungsfreiheit verorten. Ablehnende Haltungen zu Migration, Vielfalt oder Klimapolitik werden von diesen Befragten überwiegend als legitime, vernünftige und sachlich begründete Positionen verstanden.

Kritik oder Widerspruch wird in diesem Zusammenhang häufig als pauschale Abwertung oder moralische Diskreditierung interpretiert – insbesondere dann, wenn eigene Positionen als „rechts“ eingeordnet oder mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werden. Das Erleben, aufgrund bestimmter politischer Ansichten vorschnell in eine „rechte Ecke“ gestellt zu werden, wird dabei als Einschränkung legitimer Meinungsäußerung und als Form politischer Ausgrenzung wahrgenommen.

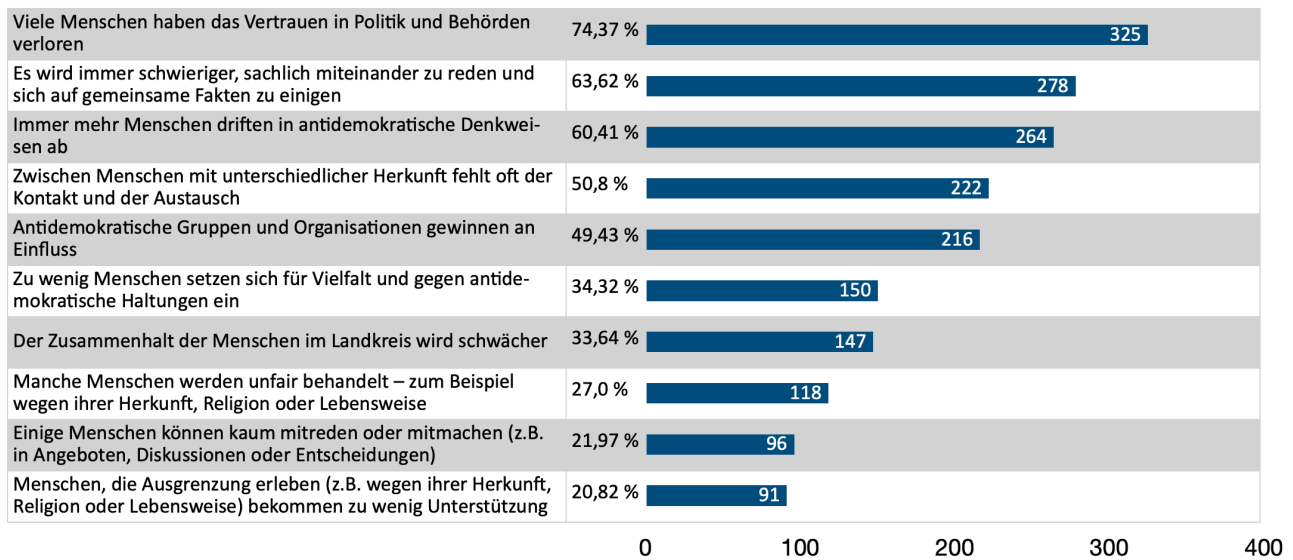
Eine zentrale Rolle scheint eine wahrgenommene **politische Ausgrenzung** zu spielen, die von den Befragten als wiederkehrende Erfahrung beschrieben wird. Die Freitextantworten zeigen, dass Personen mit rechtskonservativen bis deutlich migrations-, vielfalts- oder klimapolitisch-skeptischen Positionen entsprechende Äußerungen im Kontext von Meinungsfreiheit verorten. Die eigenen Haltungen werden dabei als legitim, sachlich begründet und vernünftig verstanden. Kritik oder Widerspruch von „linksgrüner“ Seite wird hingegen häufig als pauschale Abwertung oder als Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Diskurs interpretiert – insbesondere dann, wenn entsprechende Positionen als „rechts“ markiert werden.

Auch Personen mit linken oder progressiven Selbstverortungen berichten von Ausgrenzungs- und Ablehnungserfahrungen im politischen Diskurs, etwa durch Abwertung, Ablehnung oder konflikt-hafte Auseinandersetzungen mit Personen im sozialen Umfeld, die rechts positioniert sind. Auffällig ist jedoch, dass sich ihre Schilderungen vergleichsweise häufiger auf konkrete Anfeindungen, Bedrohungen oder Übergriffe beziehen, wie z.B. in Nachbarschaften mit stark rechtspopulistischen Milieus oder im Zusammenhang mit offen rechter Symbolik, Einschüchterung oder Gewalt. In diesen Fällen geht politische Ausgrenzung über diskursive Ablehnung hinaus und wird als unmittelbare Einschränkung von Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe erlebt.

Insgesamt verdeutlicht dies eine verbreitete Wahrnehmung, dass politische Meinungen immer stärker in den Alltag hineinwirken und als Trennlinie zwischen Menschen fungieren. Dies begünstigt Polarisierung und erschwert konstruktive Aushandlungsprozesse.

Dieses Bild wird durch die Antworten auf die Frage nach den wichtigsten Herausforderungen im Zusammenleben im Landkreis bestätigt (s. Abbildung 8). Die Teilnehmenden identifizieren ein **zunehmendes gesellschaftliches Auseinanderdriften** als zentrale Problemlage. 74,4 % sind der Meinung, dass viele Menschen das Vertrauen in Politik und Behörden verloren haben. Darüber hinaus geben 64,6 % an, dass **sachliche Gespräche schwieriger geworden** sind.

Abbildung 8: Größte Probleme und Herausforderungen im Landkreis Lüneburg (n = 437) (Mehrfachauswahl möglich)



Als große Herausforderungen wird zudem die Verbreitung von antidemokratischen Denkweisen im Landkreis gesehen. 60,4 % aller Befragten sehen eine **Zunahme antidemokratischer Denkweisen** als Problem und 49,4 % sind der Ansicht, dass **antidemokratische Gruppen und Organisationen an Einfluss gewinnen**. Weitere 34,3 % geben an, dass sich zu wenig Menschen für Vielfalt und gegen antidemokratische Haltungen einsetzen. Diese Einschätzungen verweisen auf ein deutliches Problembewusstsein, dass demokratische Werte unter Druck geraten.

Obwohl – wie weiter oben dargestellt – Gleichberechtigung und der Schutz von Minderheiten von den Befragten als hohes Gut angesehen werden, geben nur 27 % der Befragten an, dass **Diskriminierung bzw. unfaire Behandlung aufgrund von Herkunft, Religion oder Lebensweise** ein relevantes Problem im Landkreis Lüneburg darstellt. Auch in Bezug auf das Thema Partizipation (22 %) und Unterstützung von Menschen, die Ausgrenzung erleben (20,8 %), wird vergleichsweise weniger Handlungsbedarf gesehen.

Demokratiefeindliche und rechtsextreme Strukturen und Vorfälle im Landkreis Lüneburg:

Aus den qualitativen Interviews sowie aus weiteren ausgewerteten Dokumenten ergibt sich ein klares Bild, dass demokratiefeindliche und rechtsextreme Einflüsse in bestimmten Bereichen des Landkreises Lüneburg dauerhaft präsent sind. Besonders hervorzuheben ist ein teilweise abgeschottetes Milieu **völkisch-nationalistischer Familienverbände**, das insbesondere im östlichen Teil des Landkreises seit Jahrzehnten gewachsen ist und dort das soziale Gefüge einzelner Orte prägt.

*Zitat Expert*in: „Völkische Siedler*innen gibt es vor allem im östlichen Raum des Landkreises. Manche sind schon seit 80 bis 100 Jahren da, manche haben sich erst vor einigen Jahren bzw. Jahrzehnten dazugesiedelt.“*

Durch ihre lange Präsenz, familiäre Netzwerke und kontinuierliche Nachwuchserziehung entstehen Milieus, in denen völkische Ideologien normalisiert werden und demokratische Grundwerte kaum verankert sind. Die Interviews zeichnen ein Bild lokaler Parallelstrukturen, in denen eigene kulturelle und politische Normen gepflegt werden. Teilweise übernehmen diese Gruppen sogar **soziale Funktionen** und knüpfen so an die Lebenslagen vulnerabler Menschen an. So beschreibt ein*e Gesprächspartner*in:

*Zitat Expert*in: „Besonders in den ländlichen Gegenden wie Dahlenburg, Neuhaus etc. gibt es völkische Siedler, die dort die Sozialberatungsaufgabe übernehmen auf ehrenamtlicher Basis – die fangen dann die hilfebedürftigen Menschen auf.“*

Die besondere Relevanz von rechtsextremistischen Strukturen im Landkreis findet sich auch im Verfassungsschutzbericht 2023 bestätigt. Dort wird der Großraum Lüneburg–Uelzen–Lüchow-Dannenberg als zentrale **Schwerpunktregion völkischer Familienverbände in Niedersachsen** beschrieben. Diese Gruppen verfügen über mehrgenerationale Netzwerke, teilweise mit historischen Verbindungen zu verbotenen Organisationen wie der Wiking-Jugend oder der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Ihr Ziel ist der Aufbau einer eigenen „völkischen Gegenwelt“ jenseits demokratischer Werte und Normen. Der Verfassungsschutz stellt für diese Strukturen eine fundamentale Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung fest, inklusive der Menschen- und Freiheitsrechte, des Prinzips der Gleichheit sowie des Gedankens der Völkerverständigung.⁷

Darüber hinaus stellt der Landkreis Lüneburg einen **relevanten Standort für Funktionsträger*innen und Strukturen der extremen Rechten** dar – mit bundesweiten und internationalen Schnittstellen.

- Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei „Die Rechte“, Holger Niemann, stammt aus Amt Neuhaus (Landkreis Lüneburg).⁸
- Der Hauptangeklagte eines organisierten Rechtsrock-Rings, der über lange Zeit extrem rechte und volksverhetzende Musik vertrieb, stammt aus Bardowick und wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.⁹
- Es existiert ein Stützpunkt der Jungen Nationalisten (JN) in der „Lüneburger Heide“ – einer Jugendorganisation der extremen Rechten mit europaweiten Verbindungen.¹⁰
- Der niedersächsische Vorsitzende der Partei „Die Heimat“ (ehem. NPD) Manfred Börm, stammt aus Handorf (Samtgemeinde Bardowick), wo er auch über ein Mandat verfügt und bei Wahlen regelmäßig ca. 250 Stimmen erhält.¹¹

In diesem Zusammenhang weist ein*e Interviewpartner*in darauf hin, dass manche dieser Akteur*innen nicht nur organisatorisch präsent sind, sondern in Teilen des Landkreises auch soziale Anschlussfähigkeit besitzen:

*Zitat Expert*in: „Das (Anm: Gemeinderat von „Die Heimat“ in Handorf) ist eine etablierte extrem rechte Person, die da auch in dem Ort geduldet ist, die Söhne sind im Fußballverein.“*

Diese Form lokaler Verankerung zeigt sich auch in Bleckede, wo früher eine Gruppe rechtsextremer Jugendlicher („Bleckeder Jungs“) aktiv war:

*Zitat Expert*in: „Die sind damals mit aufgedrehten Autos durch Bleckede gefahren und haben insbesondere linke Jugendliche bedroht. Manche haben sich gar nicht mehr auf die Straße getraut daraufhin.“*

⁷ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.) (2024): Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2023. Hannover. Redaktionsschluss: Januar 2024. S. 130f.

⁸ vgl. ebd, S. 128.

⁹ Quelle: <https://www.landeszeitung.de/lokales/lueneburg-ik/lueneburg/landgericht-lueneburg-haftstrafe-fuer-mann-aus-bardowick-wegen-volksverhetzung-MNCKEBZNSFEBNG55ASBVBLIC3Y.html>, zuletzt abgerufen am 27.11.25.

¹⁰ vgl. ebd, S. 119.

¹¹ vgl. ebd, S. 118.

Auch gerade migrantische Menschen. Die Menschen hatten enge Kontakte zur Identitäten Bewegung (...) Mittlerweile sind die erwachsen, haben Familie (...) viele sind aktiv in der AfD mittlerweile. Sind integriert in der Kleinstadt Bleckede, z.B. angestellt in Handwerksbetrieben. Bewegen sich dort relativ unauffällig und ohne Widerspruch, aber verbreiten immer noch ihr Gedankengut.“

Parallel dazu agieren rechtsextreme Akteur*innen laut den befragten Expert*innen **zunehmend strategisch**. Sie nutzen gesellschaftliche Konflikte und lokale Protestmobilisierungen gezielt, um Anschlussfähigkeit zu schaffen.

*Zitat Expert*in: „Bei den Bauernprotesten sehen wir plötzlich Leute, die vor 15 Jahren beim Hatecore-Laden¹² in Lüneburg rumgelaufen sind. Solche Proteste werden genutzt, um aufzuspringen.“*

*Zitat Expert*in: „Wir haben mehrere Bürgerinitiativen gegen Windkraftträder. Das greifen die Rechten dann direkt auf und gehen zu Versammlungen. Die versuchen immer direkt sich da einzuklinken, wenn etwas an bürgerlichem Engagement aufplopt.“*

Zudem beschreibt eine andere Interviewpartner*in in Bezug auf Angehörige der „Reichsbürger“-Bewegung, dass diese **niedrigschwellige Zugänge nutzen** und sich in Bereichen engagieren, die zunächst unpolitisch erscheinen:

*Zitat Expert*in: „Ein ehemaliger Erzieher, der sich zu Corona-Zeiten radikalisiert hat, macht jetzt mehrere Pfadfindergruppen zusammen mit einem anderen Vater, der schon vor 15 Jahren ein klassischer Reichsbürger war. Die treffen sich wöchentlich, machen Lagerfeuer, machen auch Zeltlager. (...) Ich bekomme auch mit, dass da auch Eltern dabei sind, die von nichts wissen und einfach eine Pfadfindergruppe toll finden bzw. von sich behaupten dass sie nicht politisch sind.“*

Diese verdeckten Aktivitäten werden als besonders problematisch beschrieben, weil sie schwer zu erkennen sind und direkt in alltägliche Lebensbereiche hineinwirken.

Abgesehen von extrem rechten und demokratiefeindlichen Gruppierungen wurde in den Interviews auch die **Alternative für Deutschland (AfD)** wiederholt als relevanter politischer Akteur genannt, der im Landkreis – insbesondere in ländlich geprägten Bereichen – über stabile Unterstützungsstrukturen verfügt, was als problematisch gesehen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die AfD vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wird, während einzelne Teilstrukturen wie die Junge Alternative sowie der Thüringer Landesverband als gesichert rechtsextrem gelten. Die Interviewaussagen verdeutlichen zudem, dass die Partei in Teilen des lokalen Wirtschafts- und Vereinslebens Anschluss findet und somit in Alltagsnetzwerken präsent ist.

*Zitat Expert*in: „Mehrere Handwerksbetriebe sind in die AfD-Ortsgruppe integriert. Es ist schwer, einen Betrieb zu finden, der nichts mit der AfD zu tun hat.“*

Besonders deutlich wird dies am Beispiel eines großen Bauunternehmens in Bleckede, dessen Geschäftsführer die AfD aktiv unterstützt.

*Zitat Expert*in: „Der Geschäftsführer hat einen alten Landgasthof saniert, dort sollen sich die AfD – auch Maximilian Kraus – regelmäßig treffen (...) Er hat auch ein riesiges Transparent von der AfD mit Alice Weidel mit einem Baukran aufgehängt.“*

Eine*r befragten Expert*in zufolge komme es innerhalb des Betriebes zudem regelmäßig zu rassistischen Vorfällen, was auch dazu geführt hat, dass Schulen keine Praktikant*innen mehr dorthin schicken.

¹² Das Beispiel verweist auf ein länger bestehendes rechtsextremes Umfeld in Lüneburg. Der Laden „Hatecore“ (bis 2009 in der Hansestadt Lüneburg ansässig), der u. a. Marken wie Thor Steinar, MaxH8 oder Eric & Sons vertrieb und dessen Betreiber wiederholt Neonaziaufmärsche organisierte, fungierte viele Jahre als Treffpunkt und Szene-Infrastruktur.

Zusammengenommen zeigen diese Beispiele, dass rechtspopulistische und extrem rechte Positionen im Landkreis an unterschiedlichen Stellen des gesellschaftlichen Lebens anschlussfähig sind – sei es über lokale politische Akteur*innen, wirtschaftliche Strukturen oder Alltagskontakte.

Darüber hinaus wird in den Interviews auch von Fällen **offener rechtsextremer Gewalt** berichtet, die das gesellschaftliche Klima im Landkreis zusätzlich belasten. Besonders hervorzuheben ist der Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft für Geflüchtete in Wittorf (Samtgemeinde Bardowick) im November 2023.¹³

*Zitat Expert*in: „In der Gemeinde war eine Flüchtlingsunterkunft geplant, da gab es den Brandanschlag und im Vorfeld sehr viel rassistische Äußerungen.“*

Hinzu kommen körperliche Angriffe durch rechtsextreme Gruppen, die in ihrer Brutalität weit über symbolische Gewalt hinausgehen. Ein*e Expert*in verweist auf einen konkreten Vorfall auf dem Winterball eines Gymnasiums, wo migrantische Jugendliche „von mehreren Neonazis krankenhaushausreif geschlagen wurden“.

Darüber hinaus berichten die Interviewpartner*innen über eine **zunehmende Alltagspräsenz rechter Aktivitäten** wie Schmierereien, Stickerkampagnen, einschlägige Symbole oder Propaganda bis hin zu Hitlergrüßen in der Öffentlichkeit.

Auch die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) zeigt einen deutlichen Schwerpunkt auf **rechts motivierte Straftaten** in der Region Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen (s. Abbildung 9). Dieser Bereich macht mit 101 Fällen in 2024 weiterhin den größten Anteil innerhalb der PMK aus und bleibt damit die zentrale Problemkategorie.

Abbildung 9: Politisch motivierte Kriminalität (Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen)

	2023	2024
Links motiviert	29	59
Rechts motiviert	70	101
Ausländische Ideologie	4	10
Religiöse Ideologie	0	1
Sonstige Zuordnung	55	74
Gesamt	158	245

Mehrere Expert*innen berichteten im Rahmen der Interviews darüber hinaus auch von einer deutlichen „**Verschiebung des Sagbaren**“. Rassistische oder abwertende Kommentare würden mittlerweile „zum Alltag“ im Landkreis Lüneburg gehören und Abwertungen gegenüber Migrant*innen, queeren Menschen oder politisch Andersdenkenden würden „heute viel offener geäußert“ als noch vor einigen Jahren (siehe dazu auch Punkt 2.3.1: Normalisierung rechtspopulistischer Deutungsmuster).

2.2.2 Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien und GMF

Ein zentrales Problembild im Landkreis Lüneburg betrifft die Verbreitung gesellschaftlicher Ungleichwertigkeitsideologien und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF). Die Interviews verdeutlichen, dass vielfältige Formen von Abwertung, Ausgrenzung und Feindseligkeit im Alltag präsent sind und in unterschiedlichen sozialen Räumen sichtbar werden – in Schulen, am Arbeitsplatz, in Vereinen und im digitalen Raum. Mehrere Expert*innen beschreiben GMF als allgegenwärtiges Phänomen, das nicht auf einzelne Gruppen begrenzt ist. Gemeint sind dabei nicht nur offen menschenverachtende Haltungen, sondern auch weit verbreitete Abwertungs- und Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die häufig nicht bewusst reflektiert werden und gesellschaftlich normalisiert sind.

*Zitat Expert*in: „Es gibt einen latenten Rassismus in der gesamten Gesellschaft.“*

¹³ Da ein technischer Defekt ausgeschlossen werden kann, wird von Brandstiftung ausgegangen. (Vgl. <https://www.landkreis-lueneburg.de/das-wichtigste-auf-einen-blick/aktuelle-informationen/presse/pressemitteilungen/update-brand-in-einer-geplanten-fluechtlingsunterkunft-in-wittorf.html>, zuletzt aufgerufen am 27.11.25).

Zitat Expert*in: „Rassismus ist internalisiert – viele Menschen reflektieren das nicht.“

Die GMF-Dynamiken betreffen zahlreiche gesellschaftliche Gruppen gleichzeitig. In den Interviews werden wiederholt Rassismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus bzw. Frauenfeindlichkeit, Ableismus und Sozialdarwinismus genannt. Gerade im schulischen Kontext zeigen sich nach Aussage mehrerer Interviewpartner*innen deutliche Problemlagen. Eine Fachkraft beschreibt:

Zitat Expert*in: „An den Schulen sind Frauenfeindlichkeit und Queerfeindlichkeit auf jeden Fall große Themen.“

Hinzu kommt ein „unterschwelliger Antisemitismus“, der sich häufig in Verschwörungserzählungen zeigt, etwa in Schuldzuschreibungen oder Elitenerzählungen, die antisemitisch codiert sind.

Die Ergebnisse der Onlineumfrage verdeutlichen, dass Ausgrenzung und Diskriminierung nicht nur in Fachkreisen als Problem wahrgenommen werden, sondern für viele Menschen im Landkreis konkrete Alltagserfahrungen darstellen. Wie Abbildung 10 zeigt, hat rund die Hälfte der Befragten entweder **selbst Ausgrenzung erlebt** (10 %) oder solche Situationen **im direkten Umfeld beobachtet** (41 %). Weitere 15 % sind sich unsicher, ob ihre Erlebnisse als diskriminierend einzuordnen sind. Nur ein Drittel (33 %) gibt an, keine entsprechende Erfahrung gemacht zu haben. Die gemeldeten Diskriminierungserfahrungen (vgl. Abbildung 11) lassen sich klar in typische Muster GMF einordnen. Mit **Rassismus** als häufigster wahrgenommener Diskriminierungsform sowie weiteren hohen Anteilen bei **Sexismus, Queerfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und Antiziganismus** zeigt sich ein breites Spektrum abwertender Haltungen.

Abbildung 10: Haben Sie schon einmal erlebt, dass jemand im Landkreis schlecht behandelt oder ausgeschlossen wurde – zum Beispiel wegen Aussehen, Herkunft oder Lebensweise?

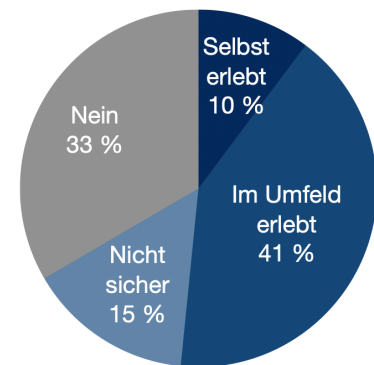
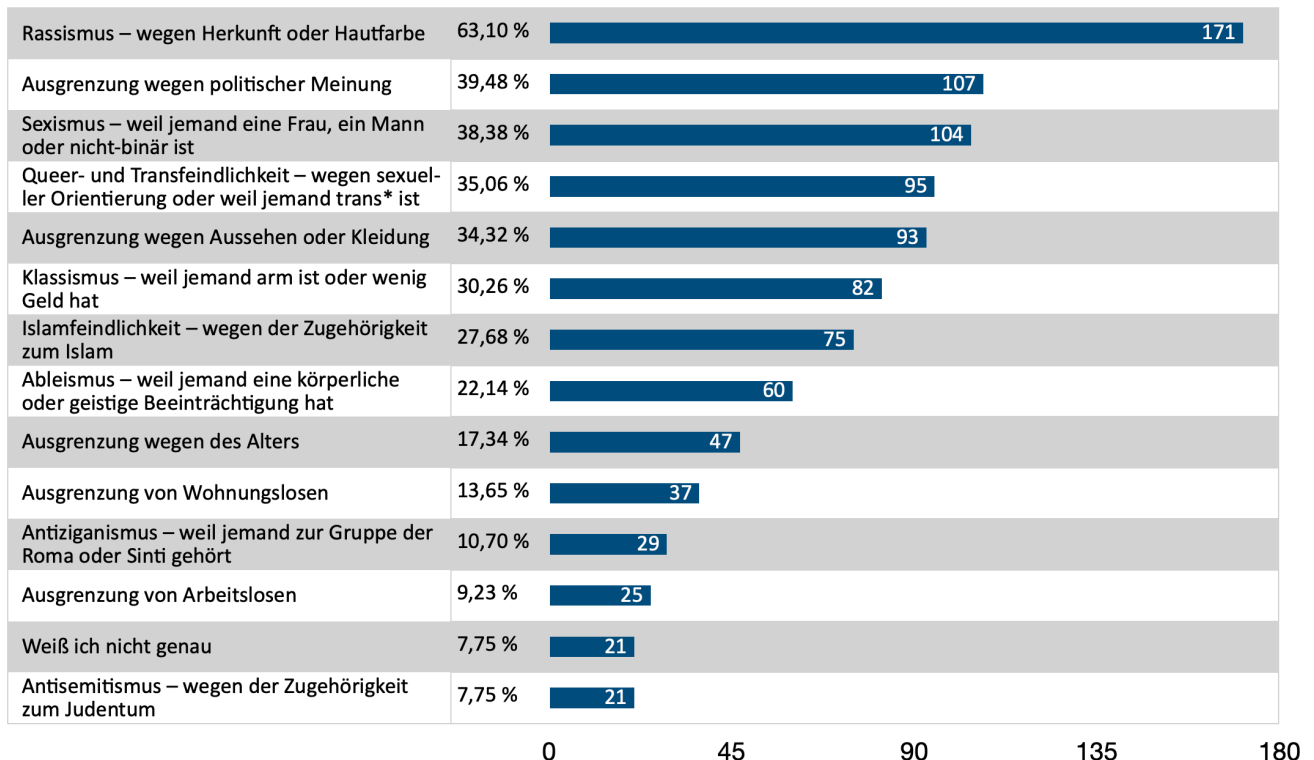


Abbildung 11: Worum ging es? (Mehrfachauswahl möglich)



Auffällig ist zudem die starke Rolle **klassistischer Diskriminierung**, also der Abwertung von Menschen aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit oder geringer Bildung. Daneben zeigt sich eine

hohe Wahrnehmung **politischer Ausgrenzung**. Diese ist nicht als Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu verstehen, verweist jedoch auf ein stark polarisiertes gesellschaftliches Klima und auf Spannungen in der demokratischen Diskurs- und Streitkultur, wie sie bereits im vorangegangenen Kapitel zu Demokratiefeindlichkeit und Vertrauensverlust sichtbar wurden.

Die in der Freitextantworten geschilderten Erlebnisse verdeutlichen, dass **Diskriminierung in vielen Lebensbereichen** wahrgenommen wird – sei es im Bildungswesen, bei Behörden, im öffentlichen Raum oder im persönlichen Umfeld. Dabei wurde auf die Rolle von **Sprache und alltäglicher Abwertung** hingewiesen – durch diskriminierende Begriffe, Witze oder stereotype Zuschreibungen, die nicht offen verletzend gemeint sind, aber dennoch Wirkung zeigen. Zudem zeigt sich, dass verschiedene **Diskriminierungsformen oft miteinander verschränkt auftreten** (z. B. Sexismus, Rassismus und Klassismus), was auf die Relevanz intersektionaler Perspektiven hinweist.

Das Ausmaß der Ungleichwertigkeitsideologien im Landkreis Lüneburg lässt sich auch anhand der Frage nach der **sozialen Akzeptanz verschiedener Gruppen im direkten Wohnumfeld** erkennen (vgl. Abbildung 12). Die Ergebnisse zeigen erhebliche Vorbehalte gegenüber mehreren gesellschaftlichen Gruppen. Am stärksten sind diese gegenüber **Sintizze und Romnja** ausgeprägt: 23,4 % der Befragten können sich sie „eher schlecht“ oder „überhaupt nicht“ als Nachbar*innen vorstellen – der höchste Ablehnungswert im gesamten Datensatz. Auch **geflüchtete und asylsuchende Menschen** erfahren deutliche Distanz: 19,3 % lehnen sie als Nachbar*innen ab, weitere 25,4 % antworten mit „teils/teils“, was auf eine weit verbreitete Unsicherheit hinweist. **Muslimische Menschen** werden von 15,9 % (eher) abgelehnt, zusätzlich äußern 23,1 % eine ambivalente Haltung (teils/teils). Ablehnung zeigt sich zudem gegenüber **queeren oder trans* Personen** (14,5 %) sowie gegenüber **Menschen mit geringer formaler Bildung** (13,8 %) und **arbeitslosen Per-**

Abbildung 12: Wie gut könnten Sie sich folgende Personengruppen als Nachbarinnen oder Nachbarn vorstellen?

	Überhaupt nicht vorstellbar	Eher schlecht vorstellbar	Ges. (schlecht + überhaupt nicht vorstellbar)	Teils/teils	Eher gut vorstellbar	Sehr gut vorstellbar	Ges. (sehr + eher gut vorstellbar)	n=
Sinti und Roma	11,85 %	11,56 %	23,41 %	22,83 %	21,10 %	32,66 %	53,76 %	346
Geflüchtete oder Asylsuchende	9,22 %	10,09 %	19,31 %	25,36 %	25,07 %	30,26 %	55,33 %	347
Muslimische Menschen	7,20 %	8,65 %	15,85 %	23,05 %	20,46 %	40,63 %	61,10 %	347
Queere oder trans* Personen	5,49 %	8,96 %	14,45 %	11,85 %	17,92 %	55,78 %	73,70 %	346
Menschen mit wenig Bildung	3,46 %	10,37 %	13,83 %	31,99 %	23,63 %	30,55 %	54,18 %	347
Arbeitslose Menschen	1,73 %	10,09 %	11,82 %	29,97 %	21,33 %	36,89 %	58,21 %	347
Menschen mit vielen Kindern	1,73 %	7,23 %	8,96 %	23,41 %	28,61 %	39,02 %	67,63 %	346
Junge Menschen in einer WG	1,74 %	4,93 %	6,67 %	18,26 %	31,88 %	43,19 %	75,07 %	345
Menschen mit wenig Geld	0,58 %	4,35 %	4,93 %	17,68 %	32,17 %	45,22 %	77,39 %	345
Menschen mit dunkler Hautfarbe	2,32 %	2,03 %	4,35 %	11,59 %	24,35 %	59,71 %	84,06 %	345
Jüdische Menschen	1,73 %	1,44 %	3,17 %	8,36 %	27,09 %	61,38 %	88,47 %	347
Menschen mit Behinderung	0,86 %	1,44 %	2,31 %	8,07 %	26,51 %	63,11 %	89,63 %	347
Zugewanderte Fachkräfte aus dem Ausland	0,58 %	1,44 %	2,02 %	10,66 %	26,22 %	61,10 %	87,32 %	347
Kinderlose Paare	0,29 %	1,44 %	1,73 %	8,65 %	27,09 %	62,54 %	89,63 %	347

sonen (11,8 %).

Besonders auffällig ist die Diskrepanz im Umgang mit Migration: Während hochqualifizierte Zugewanderte („Fachkräfte“) überwiegend positiv bewertet werden, erfahren Geflüchtete und Asylsuchende deutlich häufiger Ablehnung oder Unsicherheit. Diese Differenz verweist auf eine **statusbasierte Abwertung (Klassismus)**, bei der die soziale Akzeptanz von Menschen eng mit ihrer (vermeintlichen) sozialen oder ökonomischen Herkunft, Bildung oder Klassenzugehörigkeit verknüpft wird. Diese Logik zeigt sich auch jenseits migrationsbezogener Fragen: So werden Menschen mit niedriger formaler Bildung, Arbeitslose oder Menschen mit geringem Einkommen besonders häufig als „weniger wünschenswerte“ Nachbar*innen betrachtet.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass Ungleichwertigkeitsvorstellungen im Landkreis Lüneburg mehrere Dimensionen umfassen. Abwertungen treffen nicht nur migrantische, religiöse oder sexuelle Minderheiten, sondern ebenso Menschen in sozial prekären Lebenslagen. Diese Muster verweisen auf ein komplexes Zusammenspiel aus kultureller Distanz, sozialer Bewertung und gesellschaftlicher Hierarchisierung.

2.2.3 Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Amtsträger*innen

Die Interviews machen deutlich, dass rechte und menschenfeindliche Haltungen im Landkreis Lüneburg nicht nur marginalisierte Gruppen treffen, sondern zunehmend auch jene Personen, die sich aktiv für demokratische Grundwerte, gesellschaftlichen Zusammenhalt oder Menschenrechte einsetzen. Damit gerät die lokale demokratische Infrastruktur selbst unter Druck.

Mehrere Interviewpartner*innen berichten von **Bedrohungen, Einschüchterungsversuchen und Gewalt**, die sich sowohl gegen Privatpersonen als auch gegen kommunale Entscheidungsträger*innen richten. Beispielsweise wurde laut einer befragten Person ein Bürgermeister aus einer Samtgemeinde des Landkreises massiv unter Druck gesetzt, weil er sich klar gegen Rechts positionierte. Auch in Bezug auf Engagierte in der Geflüchtetenhilfe und zivilgesellschaftliche Initiativen gibt es Anfeindungen z.B. in Form von Drohbriefen oder anderen Einschüchterungsversuchen bis hin zu körperlichen Angriffen.

*Zitat Expert*in: „Eine Person mit ‚Fuck AfD‘-Sticker am Briefkasten hat einen Brandsatz gegen ihr Haus geworfen bekommen.“*

*Zitat Expert*in: „Es gibt viele Organisationen bzw. Personen im Landkreis, die sich gegen rechts engagieren oder besonders sichtbar sind und angegriffen, bespuckt, beleidigt werden.“*

Neben offen ausgeübter Gewalt sind auch **subtilere Formen der Einschüchterung** verbreitet. So gibt es Berichte davon, dass Autoreifen zerstoßen oder rechte Sticker an Fenstern, Haustüren oder Fahrzeugen angebracht werden. Auch Personen in öffentlichen Institutionen, wie z.B. Lehrkräfte sind betroffen.

*Zitat Expert*in: „Lehrkräfte berichten von Anfeindungen, wenn sie sich klar gegen Rassismus positionieren.“*

Die Angriffe treffen darüber hinaus kommunale Gremien. So berichtet ein*e Interviewpartner*in, dass manche Mitglieder des Integrationsbeirats bewusst auf Fotos verzichten, um sich nicht angreifbar zu machen. Dies zeugt von einem Klima der Verunsicherung.

Neben analogen Angriffen spielt gerade auch der **digitale Raum** eine zentrale Rolle. In sozialen Netzwerken und Kommentarspalten herrscht nach Angaben vieler Befragter eine enthemmte, aggressive Kommunikationskultur. Politiker*innen, Fachkräfte und Engagierte berichten von beleidigenden Kommentaren, massiven verbalen Angriffen und digitaler Hetze:

*Zitat Expert*in: „Online gibt es Angriffe gegen Politiker und Beleidigungen ohne Ende in den Kommentarspalten.“*

Diese Wahrnehmungen werden durch die Onlineumfrage bestätigt. So beschreiben viele Teilnehmende ein **zunehmend aggressives Klima** in lokal orientierten Social-Media-Gruppen, in denen Hass, Abwertung und Desinformation besonders sichtbar werden.

Dies kann dazu führen, dass demokratisches Engagement unter erschwerten Bedingungen stattfindet und manche Personen sich weniger sichtbar oder weniger aktiv beteiligen.

2.2.4 Sozialräumliche Verortung der Probleme

Die im Rahmen der Situations- und Ressourcenanalyse erhobenen Daten zeigen deutlich, dass die beschriebenen Problemlagen im Landkreis Lüneburg nicht homogen verteilt sind. Vielmehr konzentrieren sie sich räumlich und weisen sozialstrukturelle Muster auf, die für künftige Maßnahmen von zentraler Bedeutung sind.

In nahezu allen Interviews wird ein geografischer Schwerpunkt betont: der **Osten des Landkreises**. Diese Regionen – darunter insbesondere Bleckede, Dahlenburg, Amt Neuhaus, aber auch Teile der Samtgemeinden Scharnebeck, Bardowick und Ostheide – werden wiederholt als Räume mit verfestigten demokratiefeindlichen Tendenzen und hohen Herausforderungen beschrieben. Wie auch bereits unter Punkt 2.2.1 ausführlich dargestellt wurde, bestehen hier etablierte rechte Netzwerke und völkische Siedlungsstrukturen, die teils seit Jahrzehnten gewachsen sind und sich eng in lokale Dorfgemeinschaften einfügen.

Insbesondere **Amt Neuhaus** wird sowohl in den Interviews als auch in der Onlineumfrage wiederholt als besonders herausfordernder Raum beschrieben. Diese Gemeinde ist geprägt durch geografische Abgrenzung und infrastrukturelle Schwächen: geringere Einkommen, eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten und ein verbreitetes Gefühl des „Abgehängtseins“ schaffen hier einen Risikorahmen, der die Anschlussfähigkeit demokratiefeindlicher Narrative erhöht (siehe hierzu auch Punkt 2.3.2 – Kontext- und Rahmenbedingungen).

Im **westlichen Teil des Landkreises** zeigt sich in den Interviews ein teilweise anderes Bild. Gespräche deuten darauf hin, dass dort tendenziell höhere Einkommen und stabilere soziale Lagen vorhanden sind und demokratiefeindliche Vorfälle weniger sichtbar werden. Gleichzeitig wird aus Fachkreisen berichtet, dass zivilgesellschaftliches Engagement in diesem Bereich schwächer ausgeprägt ist und nur wenige Initiativen dauerhaft aktiv bleiben. Eine befragte Person beschreibt dies so:

*Zitat Expert*in: „Der westliche Bereich ist finanziell eher gut aufgestellt. Man bekommt auch von Engagement gar nicht viel mit im Westkreis. Mir sind keine Vereine aus dem Westkreis bekannt, die sich großartig engagieren.“*

Gleichzeitig zeigen die Interviews jedoch, dass auch dieser Landkreisteil keineswegs frei von Vorfällen ist. Sie werden lediglich **weniger öffentlich sichtbar** oder als „Randgeschehen“ wahrgenommen:

*Zitat Expert*in: „Es gab in dem Teil vom Landkreis auch schon Geschichten von rechten Vorkommnissen, aber das sind höchstens so Flurgeschichten.“*

Zwar sind im westlichen Teil des Landkreises weniger offen sichtbare Vorfälle oder Konflikte zu beobachten, dennoch verweisen die Interviews auch hier auf strukturelle Herausforderungen. Mehrere Expert*innen beschreiben eher geschlossene Dorfgemeinschaften, in denen soziale Beziehungen stark nach innen orientiert sind und der Zugang für Neuzugezogene erschwert bleibt. Dorffeste, Vereine und lokale Begegnungsorte werden häufig als eingeschlossene Räume beschrieben, in denen Veränderungen skeptisch betrachtet werden.

Besonders deutlich wird dies im Umgang mit migrationsbedingter Vielfalt. Einige Interviewpartner*innen berichten, dass manche Eltern Schulen mit einem hohen Anteil migrantischer Kinder gezielt meiden oder Schulwechsel nutzen, um vermeintlichen „Problemen“ auszuweichen. Migration wird in diesen Kontexten häufiger als Belastung denn als Bereicherung wahrgenommen, und der Mehrwert von Vielfalt bleibt oft unsichtbar. Den Schilderungen zufolge führen solche „Mikro-Abgrenzungen“ dazu, dass Zugewanderte Ablehnung erleben und sich zunehmend zurückziehen. Dadurch entstehen nur wenige natürliche Begegnungsräume, was wiederum bestehende Distanzlinien verstärkt.

Insgesamt zeigt sich also, dass demokratiefeindliche Einstellungen und vielfaltsbezogene Spannungen im Landkreis Lüneburg deutlich sozialräumlich ausgeprägt sind. Während der Osten durch strukturelle Benachteiligungen, gewachsene rechte Netzwerke und völkische Siedlungsstrukturen belastet ist, treten die Herausforderungen im Westen eher unterschwellig und weniger sichtbar auf. Diese Unterschiede verdeutlichen, dass demokratische Präventionsarbeit und Vielfaltsförderung im Landkreis nur dann wirksam sein können, wenn sie sozialräumlich differenziert ansetzen: mit besonderem Fokus auf die östlichen Problemlagen, ohne dabei die verdeckten Herausforderungen im westlichen Landkreis zu übersehen.

2.2.5 Besonders gravierende Probleme

Als besonders gravierende Problemlagen lassen sich drei Kernbereiche identifizieren:

- Die in Teilen des Landkreises **tief verankerten rechtsextremen Strukturen**, die in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen vor Ort Anschluss finden, zugleich oft schwer zu erkennen sind und unmittelbar in alltägliche Lebensbereiche hineinwirken. Diese Strukturen wirken über lange Zeiträume, werden teils stillschweigend toleriert und nehmen Einfluss auf das gesellschaftliche Umfeld in einzelnen Gemeinden.
- Der zunehmende **Vertrauensverlust in Politik und demokratische Institutionen**, der in Verbindung mit sozialer Spaltung, wirtschaftlichen Unsicherheiten und Abstiegsängsten zu **wachsender Polarisierung** und einer höheren Anfälligkeit für vereinfachende oder populistische Deutungsmuster führt.
- Der verbreitete **Rassismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** – darunter Queerfeindlichkeit, Antiziganismus, Sexismus oder Ableismus –, die sich sowohl in konkreten Vorfällen und Angriffen als auch im Alltagsrassismus zeigen und durch die Verschiebung des Sagbaren sowie die Normalisierung rechtspopulistischer Positionen zusätzlich verstärkt werden.

Diese Probleme sind eng miteinander verschränkt und betreffen weite Teile des Landkreises, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

2.3 Ursachen, Kontext- und Rahmenbedingungen

Die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Problemlagen entstehen nicht isoliert, sondern sind das Ergebnis ineinandergreifender gesellschaftlicher und struktureller Prozesse im Landkreis Lüneburg. Die Untersuchung macht deutlich, dass individuelle Einstellungen, soziale Dynamiken und lokale sowie historische Gegebenheiten gemeinsam wirken. Das folgende Kapitel betrachtet diese Zusammenhänge, indem es sowohl die zentralen Ursachen der Problemlagen als auch die sozialräumlichen und institutionellen Rahmenbedingungen beleuchtet, die ihre Entstehung und Verfestigung begünstigen.

2.3.1 Ursachen der Problemlagen

Die Ursachen der im Landkreis Lüneburg beobachteten demokratiefeindlichen und vielfaltsbezogenen Spannungen sind vielfältig. Die Interviews zeigen ein komplexes Zusammenspiel aus digitalen, politischen, sozialen und kulturellen Mechanismen, die Einstellungen prägen und Wahrnehmungen beeinflussen. Im Folgenden werden diese zentralen Treiber und Dynamiken näher dargestellt.

Krisendynamiken und die Suche nach einfachen Antworten:

Die politische und globale „Großwetterlage“ der letzten Jahre – darunter Fluchtbewegungen, Energiekrise, Inflation, Corona-Pandemie sowie der Krieg in der Ukraine – wird in den Interviews als permanenter Belastungsfaktor beschrieben, der zu einer allgemeinen Verunsicherung beigetragen hat. Viele Menschen erleben diese Entwicklungen nicht als voneinander getrennte Ereignisse, sondern als eine kumulative „Dauerkrise“, die Orientierung, Vertrauen und Zukunftssicherheit untergräbt.

Zahlreiche Studien (z.B. Greenberg, Pyszczynski & Solomon) belegen, dass Phasen gesellschaftlicher Verunsicherung die Bereitschaft erhöhen, auf vereinfachende Erklärungen, traditionelle Weltbilder, autoritäre Orientierungsmuster und klare Feindbilder zurückzugreifen.¹⁴ Komplexe politische oder gesellschaftliche Entwicklungen werden in diesem Kontext häufig auf einzelne Ursachen reduziert – etwa Migration, „die Politik“ oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen.

Sichtbar wird diese Dynamik auch im Bereich konservativer Geschlechterrollen. So verweist ein*e Interviewpartner*in auf das wachsende Interesse junger Frauen an sogenannten „Tradwife“-Narrativen, die ein rückwärtsgewandtes, „traditionelles“ Frauenbild idealisieren und als Gegenmodell zur als überfordernd wahrgenommenen modernen Gesellschaft inszenieren:

*Zitat Expert*in: „(...) Das zeigt sich auch am Thema ‚Tradwives‘. Immer mehr junge Frauen springen auf den Zug auf. Die Welt ist zu komplex geworden. Die Krisen dieser Welt mit Corona, Ukrainekrieg (...) das war auch schon immer so: Wenn es ‚bergab‘ geht, dann kommt die Flucht in einfache Antworten.“*

Solche Rückgriffe auf klare Orientierungsmuster – sei es in Form starker Rollenbilder, kultureller Homogenitätsvorstellungen oder nationaler Abschottungslogiken – dienen in Krisenzeiten als psychologische Stabilisierung. Gleichzeitig erhöhen sie die Anschlussfähigkeit für rechtspopulistische Deutungen, die einfache Lösungen versprechen, klare Verantwortliche benennen und vermeintliche Ordnung wiederherstellen wollen.

Politische Entfremdung und Vertrauensverlust:

Parallel dazu berichten die Interviewpartner*innen von einer zunehmenden politischen Entfremdung. Viele Menschen fühlen sich nicht einbezogen, nicht verstanden oder politisch nicht vertreten. Dies geht häufig mit dem Eindruck einher, Entscheidungen würden „über die Köpfe hinweg“ getroffen oder seien nicht ausreichend transparent. Mehrere Fachkräfte sehen die **Corona-Zeit**

¹⁴ Greenberg, Pyszczynski & Solomon (2015): On the Role of Death in Life. New York: Random House.

als zentralen verstärkenden Faktor: Lockdown-Erfahrungen, das Empfinden, Maßnahmen würden „von oben“ durchgesetzt und eigene Anliegen fänden kaum Gehör, sowie eine anhaltende Unsicherheit haben bestehende Vertrauensverluste verschärft und gesellschaftliche Bruchlinien sichtbarer gemacht.

Diese Beobachtungen decken sich mit aktuellen Forschungsergebnissen: Die Studie „PEPP-COV“ zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie kommt zu dem Schluss, dass die Pandemie eine Erosion des politischen Vertrauens ausgelöst hat, die eng mit wahrgenommener Intransparenz, Überforderung und anhaltender Krisenerfahrung verknüpft ist.¹⁵

Digitale Räume und „Filterblasen“:

Ein weiteres wiederkehrendes Motiv in den Interviews ist die Rolle digitaler Räume als Treiber von Polarisierung, Desinformation und Radikalisierung. Social Media wird von den Befragten als einer der einflussreichsten Faktoren beschrieben, weil es individuelle Echokammern erzeugt und die Verbreitung von Fake News sowie verschwörungsideologischer Inhalte beschleunigt:

*Zitat Expert*in: „Das größte Problem ist Social Media bzw. das Internet und die Möglichkeit, dass Menschen sich eine eigene Realität schaffen können.“*

Fehlende Moderation, algorithmische Verstärkung und geringe Medienkompetenz führen dazu, dass extreme Positionen immer präsenter werden. Besonders Jugendliche gelten als gefährdet, da sie stark online-sozialisiert sind und dort mit vereinfachenden, emotional aufgeladenen Narrativen konfrontiert werden.

*Zitat Expert*in: „Das ist dieses Online-Verhalten und die Filterblasen (...) Ab einem bestimmten Alter wird es halt nicht kontrolliert. Ich sehe einzelne Jugendliche, die in der Filterblase stecken weil sie sich bestimmte Inhalte regelmäßig anschauen und dann die gleichen Inhalte immer wieder reingespielt bekommen. Das sind nicht typische Dorfjungs oder die mit Migrationshintergrund, das kann jeden Treffen. Ruckzuck hat man da ein einseitiges Bild.“*

Damit wird deutlich, dass digitale Räume, zunehmend auch durch KI-generierte Inhalte, eine immer größere Rolle bei der Verstärkung von Polarisierung und Verzerrungen der Wahrnehmung spielen.

Normalisierung rechtspopulistischer Deutungsmuster:

Schließlich verdeutlichen die Interviews eine breit wahrgenommene Verschiebung im öffentlichen Diskurs. Zahlreiche Gesprächspartner*innen nehmen wahr, dass abwertende, rechtspopulistische und vielfaltskritische Haltungen zunehmend gesellschaftlich akzeptiert erscheinen.

*Zitat Expert*in: „Durch die AfD ist vieles ‚sagbar‘ geworden.“*

Die Interviews verweisen jedoch nicht allein auf die AfD, sondern auch auf eine breitere politische Verschiebung. Mehrere Fachkräfte beobachten, dass Teile der politischen „Mitte“ migrationspolitische Narrative und Forderungen übernommen haben, die früher klar rechts verortet waren – etwa die verstärkte Problematisierung von Migration, eine harte Abschiebe- und Ordnungspolitik oder das wiederholte Sprechen von „Kontrollverlust“. Dadurch entstehen weitere Resonanzräume für abwertende Positionen.

Diese Normalisierung entfaltet zwei zentrale Effekte:

- Extrem rechte und vielfaltsfeindliche Positionen wirken immer weniger randständig. Wenn migrations-skeptische oder offen abgrenzende Narrative auch in breiteren politischen Spektren auftauchen, verschwimmt für viele Menschen die Grenze zwischen legitimer Kritik und diskriminierenden Deutungsmustern. Rechtsextreme Positionen erscheinen damit anschlussfähiger.

¹⁵ LIfBi – Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (2023). Politisches Vertrauen während der Corona-Pandemie. Ergebnisse aus dem Projekt PEPP-COV. (LIfBi Forschung kompakt Nr. 6). Bamberg: LIfBi, digital abrufbar unter: https://www.lifbi.de/Portals/2/Publikationen/Transferberichte/LifBi_Forschung_kompakt/LifBi-Forschung-kompakt_06_PEPP-COV.pdf (zuletzt: 26.11.2025).

- Die Hemmschwellen sinken, was zu offenerer Abwertung und aggressiverem Diskurs führt. Dies zeigt sich besonders in digitalen Räumen, in denen enthemmte Sprache, persönliche Angriffe und gruppenbezogene Abwertungen massiv zugenommen haben.

Insgesamt verdeutlichen die Aussagen, dass rechtspopulistische Narrative nicht nur „von außen“ eingebracht werden, sondern auch „von innen“ durch eine Verschiebung politischer Diskurse verstärkt werden. Damit verändert sich das gesellschaftliche Klima insgesamt – zulasten demokratischer Werte und Minderheitenschutz.

2.3.2 Kontext- und Rahmenbedingungen

Über die beschriebenen gesamtgesellschaftlichen Dynamiken hinaus verweisen die Interviews deutlich darauf, dass lokale Problemlagen im Landkreis Lüneburg nicht allein aus übergeordneten Entwicklungen und gesellschaftlichen Konflikten resultieren. Vielmehr werden sie maßgeblich durch spezifische sozialräumliche, institutionelle und diskursive Rahmenbedingungen geprägt, die sogenannte **Gelegenheitsstrukturen** schaffen. Diese Faktoren begünstigen oder verstärken die Verbreitung rechter, menschenfeindlicher Haltungen – insbesondere dort, wo strukturelle Verwundbarkeiten bestehen.

Strukturelle Benachteiligung:

Ein prägendes Merkmal des Landkreises ist das deutliche **Ost-West-Gefälle**. Der östliche Landkreis ist dünner besiedelt, infrastrukturell schlechter angebunden und weist insgesamt geringere Mobilitäts- und Dienstleistungsangebote auf. Die Interviews beschreiben diese Region als **strukturell benachteiligt**: wirtschaftliche Unsicherheiten, längere Wege, weniger öffentliche Infrastruktur und ein verbreitetes Gefühl politischer Vernachlässigung prägen den Alltag vieler Menschen.

*Zitat Expert*in: „Es ist ein Gefühl des Abgehängt-Sein (...) über die Elbe rüber ist das Gefühl ganz stark. Vor allem infrastrukturell. Es müssten Straßen gebaut werden etc., aber es wird nicht gemacht. Die Vorstellung der Menschen was mit dem Geld, also den Steuern gemacht werden müsste, und was mit dem Geld tatsächlich machbar ist, geht weit auseinander.“*

Dieses Ergebnis findet sich auch in der Onlineumfrage bestätigt. So wird bei der Frage nach Diskriminierung in mehreren Fällen von Benachteiligung aufgrund von **regionaler Herkunft** – insbesondere von Menschen aus Amt Neuhaus – berichtet.

Diese Bedingungen wirken zusammen und schaffen ein Umfeld, das anfälliger für rechte, populistische und vereinfachende Deutungsmuster ist. Die Interviewpartner*innen betonen, dass **Erfahrungen von Prekarisierung und „Abgehängtsein“** die Bereitschaft erhöhen, auf einfache Antworten oder rechtspopulistische Deutungsmuster zurückzugreifen:

*Zitat Expert*in: „Durch eine Prekarisierung ist man leichter empfänglich.“*

*Zitat Expert*in: „Viele Menschen fühlen sich abgehängt – das nutzen rechte Gruppen aus.“*

Diese **strukturellen Schwächen eröffnen wiederum Räume**, die Akteur*innen aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum bewusst füllen – z.B. durch die Übernahme von informellen sozialen Funktionen im Dorf oder der Gemeinde. Diese Form der alltäglichen Präsenz auf lokaler Ebene erzeugt Normalität: Entsprechende Personen werden als vermeintlich hilfreiche oder verlässliche Mitglieder der Dorfgemeinschaft wahrgenommen. In der Folge sinken Hemmschwellen, rechte und menschenfeindliche Positionen zu tolerieren oder zu relativieren.

Ruralität und geschlossene Gesellschaften:

Parallel dazu erleichtert die **räumliche Abgeschlossenheit bzw. Ländlichkeit** es extrem rechten Akteur*innen, sich in Teilen des Landkreises langfristig zu verankern und kaum sichtbare Strukturen zu entwickeln:

*Zitat Expert*in: „Es gibt sehr viel Fläche und die Gegenden sind dünner besiedelt. Da ist es einfach, sich auf einen Hof zurückzuziehen und sein Ding zu machen.“*

Historisch-kulturelle Faktoren verstärken diesen Effekt: Mehrere Gesprächspartner*innen verweisen darauf, dass in Teilen der Lüneburger Heide bereits vor 1933 völkische Netzwerke existierten. Die Idee einer „ursprünglichen deutschen Landschaft“ und die Mystifizierung der Heide als kultureller Identitätsraum wirken dabei als symbolische Ressource für solche Gruppen.

Ein weiterer erschwerender Faktor ist, dass viele Dörfer durch **sozial geschlossene Gesellschaften** charakterisiert sind. Mehrere Interviewpartner*innen beschreiben, dass traditionelle Dorfstrukturen und neu Zugezogene (auch in Neubaugebieten) häufig in getrennten sozialen Welten leben, die nur selten miteinander in Kontakt kommen. Gerade Zugewanderte finden vor diesem Hintergrund oft schwer Zugang zu etablierten Netzwerken – auch weil in zahlreichen Dörfern **Vorbehalte und Angst gegenüber (migrationsbedingter) Vielfalt** vorzufinden sind. Diese Unsicherheit verstärkt wechselseitige Distanzierungsprozesse: Während „Einheimische“ Veränderungen befürchten und lieber „alles beim Alten“ lassen wollen, nehmen Zugewanderte und andere Minderheiten die Ablehnung wahr und ziehen sich zunehmend zurück. Ein Interview macht dies deutlich:

*Zitat Expert*in: „Es gibt eine ablehnende Haltung gegenüber Migration, es wird direkt vom Negativen ausgegangen, viel Angst ist im Spiel. (...) Geflüchtete orientieren sich dann eher nach Lüneburg und Hamburg. Die trauen sich nicht an Veranstaltungen in den Dörfern teilzunehmen.“*

Die fehlende Durchmischung hat jedoch nicht nur soziale, sondern auch räumliche Gründe. In mehreren Gemeinden **mangelt es an öffentlichen Orten der Begegnung**, die spontane Kontakte ermöglichen könnten. Eine Expertin fasst dies so zusammen:

*Zitat Expert*in: „Es gibt kaum Berührungspunkte zwischen Aufnahmegesellschaft und Migrant*innen. Da braucht es mehr Angebote.“*

Insgesamt führt diese sozialräumliche Segregation zu Gelegenheitsstrukturen, in denen stereotype Vorstellungen fortbestehen und demokratiefeindliche oder vereinfachende Deutungsmuster leichter Resonanz finden – besonders dort, wo Begegnung fehlt und soziale Milieus weitgehend voneinander getrennt bleiben.

Gleichzeitig birgt der dörfliche Kontext auch **Potenzial**. Einzelne Interviewpartner*innen betonen, dass gerade in kleinen Orten Veränderungen schneller sichtbar werden und Beziehungen eine größere Rolle spielen. Wo Engagement gelingt, wirkt es unmittelbarer, persönlicher und für die Bevölkerung direkt erfahrbar:

*Zitat Expert*in: „Das unmittelbare Wirken im Dorf ist einfacher, weil die Menschen enger zusammen sind und es keine Anonymität gibt. Es geht vieles schneller und ist unmittelbar spürbar, dass wir da was aufbauen.“*

2.3.3 Mittelfristige Entwicklungsszenarien

Auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse lassen sich mehrere mögliche Entwicklungsszenarien für die kommenden Jahre ableiten. Diese Szenarien beschreiben keine feststehenden Entwicklungen, sondern Risiken und Trends, die sich aus den geschilderten Problemlagen und Kontextbedingungen logisch ergeben.

Weitere Verstärkung digitaler Radikalisierung – insbesondere unter Jugendlichen:

Wie bereits beschrieben, wirken digitale Räume schon jetzt als zentraler Motor für Polarisierung, Fehlinformation und Radikalisierung. Die Interviews deuten darauf hin, dass sich diese Dynamiken ohne Gegenmaßnahmen weiter verschärfen könnten – mit der Folge, dass menschenfeindliche, antidemokratische oder verschwörungsideologische Inhalte noch leichter Anschluss finden und Jugendliche zunehmend Schwierigkeiten haben, verlässliche von manipulativen Informationen zu

unterscheiden. Setzen solche Prozesse bereits in jungen Jahren ein, verfestigen sich Orientierungsmuster in einer Phase hoher Formbarkeit – mit langfristigen Auswirkungen auf Urteilsfähigkeit und demokratische Haltungen.

Stabilisierung oder Ausweitung rechtsextremer und völkischer Strukturen:

Aufgrund der bereits existierenden völkischen und rechtsextremen Netzwerke im Landkreis – insbesondere in den dünn besiedelten Gemeinden im Osten – sehen mehrere Interviewpartner*innen das Risiko, dass sich diese Strukturen mittelfristig weiter festigen oder sogar ausweiten könnten. Bereits heute verfügen diese Milieus über eine gewisse soziale Verankerung, historische Bezüge und räumliche Rückzugsorte. Zuzüge, familiäre Verstetigung und digitale Vernetzung könnten diese Tendenz weiter stärken.

Normalisierung abwertender und menschenfeindlicher Haltungen im Alltag:

Die Interviews zeigen deutlich, dass abwertende Einstellungen – etwa Rassismus oder Queerfeindlichkeit – in vielen Alltagssituationen bereits offen geäußert werden. Mehrere Fachkräfte befürchten, dass diese Normalisierung weiter zunimmt, wenn dagegen nicht aktiv vorgegangen wird. Eine solche Entwicklung würde die gesellschaftliche Akzeptanz für GMF-Haltungen erhöhen und die Hemmschwelle für verbale oder körperliche Gewalt weiter senken.

Vertiefung gesellschaftlicher Polarisierung:

Ein zentrales Risiko besteht in einer weiteren Verschärfung gesellschaftlicher Polarisierung und einem fortschreitenden Verlust politischen Vertrauens. Bereits jetzt verweisen Interviews und Onlinebefragung auf eine angespannte Kommunikationskultur, die stark durch wechselseitige Abwertungen – insbesondere im digitalen Raum – geprägt ist. Wenn sich diese Dynamiken weiter verstärken und es nicht gelingt, Diskussionskompetenz und Aushandlungsfähigkeit wiederherzustellen, wächst die Gefahr, dass Konflikte häufiger eskalieren, Gesprächsbereitschaft abnimmt und demokratische Entscheidungsprozesse an Stabilität verlieren. In einem solchen Klima geraten Vertrauen, Kompromissfähigkeit und die Fähigkeit zum konstruktiven Streit zunehmend unter Druck.

Erosion politischen Vertrauens:

Mit einem sinkenden Vertrauen in Institutionen geht zudem das Risiko einher, dass politische Entscheidungen oder sogar Wahlen zunehmend infrage gestellt werden. Ein geschwächtes politisches Vertrauen zählt gleichzeitig zu den zentralen Auslösern für die Verbreitung von Verschwörungserzählungen, die das politische System wie auch das gesellschaftliche Zusammenleben untergraben und Polarisierung weiter verstärken können.¹⁶

2.3.4 Akteur*innen und Netzwerke, die die konstruktive Bearbeitung von Problemen erschweren

Die Interviews machen deutlich, dass im Landkreis verschiedene Akteur*innen und Netzwerke existieren, die demokratische Entwicklungsprozesse hemmen oder deren Umsetzung deutlich erschweren. Dabei geht es sowohl um organisierte rechtsextreme Strukturen als auch um lokal verankerte Milieus, die Veränderungen abwehren oder demokratiefeindliche Einstellungen dulden.

In den Interviews wurde berichtet, dass Akteur*innen aus dem rechtspopulistischen bis rechtsextremen Spektrum gezielt bei öffentlichen Veranstaltungen auftreten – mit dem erklärten Ziel, **Diskussionen zu stören, Debatten zu dominieren oder engagierte Personen einzuschüchtern**. Für einzelne demokratisch Engagierte bedeutet dies, dass sie persönlich zur Zielscheibe werden:

¹⁶ vgl. LfBi – Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (2023). Politisches Vertrauen während der Corona-Pandemie. Ergebnisse aus dem Projekt PEPP-COV. (LfBi Forschung kompakt Nr. 6). Bamberg: LfBi, digital abrufbar unter: https://www.lifbi.de/Portals/2/Publikationen/Transferberichte/LfBi_Forschung_kompakt/LfBi-Forschung-kompakt_06_PEPP-COV.pdf (zuletzt: 26.11.2025).

sei es durch aggressive Zwischenrufe, gezielte Provokationen, digitale Anfeindungen oder subtile Formen der Einschüchterung. Die Befragten beschreiben dies als eine Belastung, die nicht nur das individuelle Sicherheitsgefühl einschränkt, sondern auch das Engagement insgesamt fragiler macht.

Eine weitere Dimension betrifft die soziokulturellen Strukturen in einigen Gemeinden, wo stark **geschlossene lokale Netzwerke** das gesellschaftliche Leben prägen und Entscheidungspositionen seit vielen Jahren von den gleichen Personen oder Familien besetzt werden. So schildert ein*e Interviewpartner*in:

*Zitat Expert*in: „Die Menschen in den Gemeinden, die in den Gemeinderäten sitzen, das sind immer die alteingesessenen, die einen Bauernhof o. ä. hier haben. Und die sind sehr geschlossen.“*

In solchen Milieus würden Veränderungen oft abgeblockt – nicht unbedingt aus offener Ablehnung, sondern aufgrund eines tief verankerten Beharrungsprinzips (*„So haben wir es schon immer gemacht, so wird es weitergemacht.“*).

Auch der geringe Grad an überörtlicher Vernetzung wirkt hemmend. Laut den Interviews arbeiten viele Gemeinden stark für sich selbst, ohne Austausch oder gemeinsame Strategien. Dieses **„Inseldenenken“** trägt dazu bei, dass demokratiefeindliche Entwicklungen lokal unterschiedlich sichtbar und bearbeitet werden und Engagement oftmals von einzelnen Personen abhängig bleibt, statt strukturell getragen zu sein.

Darüber hinaus spielen **Vereine** eine ambivalente Rolle: Sie sind einerseits zentrale soziale Ankerpunkte im ländlichen Raum, andererseits wird von mehreren Expert*innen berichtet, dass viele Vereine über diskriminierende Aussagen im Alltag eher hinwegsehen oder sich aus demokratiebezogenen Themen bewusst heraushalten (*„man duckt sich eher weg“*). Dies erschwert die Präventionsarbeit, weil Vereine potenziell wichtige Orte für demokratische Auseinandersetzung und positive Vorbilder sein könnten.

Insgesamt wird deutlich, dass die Bearbeitung demokratierelevanter Problemlagen im Landkreis nicht nur durch offene Feindlichkeit und Ablehnung demokratischer Werte erschwert wird. Ebenso relevant sind soziale Machtstrukturen, geschlossene Milieus, fehlende Verantwortlichkeiten und das Ausweichen von Vereinen oder lokalen Netzwerken aus demokratiebezogener Verantwortung.

3. Analyse der Ressourcen, Bedarfe und Potenziale

Wie bis hierhin dargestellt wurde, sind die Problemlagen im Landkreis Lüneburg vielfältig und komplex. Gleichzeitig existieren bereits zentrale Ressourcen, engagierte Akteur*innen und institutionelle Strukturen, auf die demokratiestärkende Arbeit im Landkreis aufbauen kann.

3.1 Die Rolle von Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft

Die Interviews zeigen, dass im Landkreis Lüneburg eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Gruppen, Vereine und lokaler Netzwerke aktiv ist, die bereits heute zu demokratischen Prozessen beitragen oder ein großes Potenzial haben, künftig eine stärkere Rolle zu übernehmen. Diese Akteur*innen sind besonders wichtig, weil sie im Alltag der Menschen verankert sind und Vertrauen in Bevölkerungsgruppen besitzen, die institutionelle Angebote oder politische Akteur*innen oft nur eingeschränkt erreichen.

Kirchliche Akteur*innen:

Kirchen werden in zahlreichen Interviews als stabile, verlässliche Partner beschrieben, da sie in vielen Gemeinden Funktionen der Begegnung und Unterstützung übernehmen. Ihre Reichweite und insbesondere ihre soziale Akzeptanz machen sie zu zentralen Akteur*innen in der Demokratieförderung im ländlichen Raum. Insbesondere Pastor*innen können aufgrund ihrer wahrgenommenen Neutralität niedrigschwellige Gesprächspartner*innen sein und eine mediative Funktion einnehmen.

*Zitat Expert*in: „Grundsätzlich haben Pastor*innen eine gute Chance, um Gespräche zu führen, weil sie als neutral wahrgenommen werden.“*

Vereine, Sportstrukturen und freiwillige Feuerwehren:

Sportvereine, Freiwillige Feuerwehren, Landfrauen, Schützenvereine und andere traditionelle Vereine prägen das soziale Gefüge vieler Gemeinden und sind zentrale soziale Ankerpunkte. In den Interviews wird immer wieder betont, dass diese Strukturen nicht primär politisch sind, aber eine enorme demokratische Relevanz besitzen. So gelten Vereine als wichtige Multiplikatoren, weil sie niedrigschwellige Zugänge bieten und demokratische Prinzipien im alltäglichen Miteinander erlebbar machen.

Wie auch bereits in Kapitel 2.3.4 beschrieben, besteht in vielen Vereinen jedoch gleichzeitig eine Unsicherheit im Umgang mit rechten und menschenfeindlichen Positionen. Ein*e Interviewpartner*in verdeutlicht dies:

*Zitat Expert*in: „Es ist ein Bewusstsein da, aber auch eine Unsicherheit, wie man damit umgehen kann. Viele empfinden es als schwierig, mit anderen Haltungen umzugehen – inwieweit möchte ich ggf. ein Mitglied verlieren, wenn ich mich auf den Diskurs einlasse?“*

Zudem sind viele Vereine noch nicht ausreichend sensibilisiert:

*Zitat Expert*in: „Der Ernst der Lage wird auch nicht so erkannt. Hier bräuchte es viel mehr Sensibilisierung für ihre potenzielle Rolle als zivilgesellschaftliche Akteure.“*

Vereine bleiben damit zentrale, aber noch nicht ausgeschöpfte Partner für die Demokratieförderung, die durch Sensibilisierung, Qualifizierung und klare Ansprechpartner*innen gestärkt werden können.

Jugendzentren und offene Jugendarbeit:

Jugendzentren sind „natürliche Treffpunkte“, die sowohl sozialpädagogisch als auch präventiv eine wichtige Funktion übernehmen. Sie erreichen junge Menschen direkt in ihren Lebenswelten

und bieten Räume, in denen soziale Kompetenzen und Aushandlungsprozesse im Alltag erprobt werden können. Mehrere Fachkräfte betonen, dass gerade hier wichtige Chancen für Demokratieförderung liegen – insbesondere für diejenigen Jugendlichen, die über Familie oder Schule nur eingeschränkt Zugang zu Beteiligungsangeboten haben.

Schulen:

Schulen spielen nach Einschätzung der Expert*innen eine zentrale – wenn nicht die wichtigste – Rolle für die Demokratieförderung im Landkreis. Sie verfügen über eine hohe Reichweite und fungieren als natürliche Schnittstellen, an denen Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus aufeinandertreffen. Damit sind sie Orte, an denen demokratische Bildung, Medienkompetenz und Präventionsarbeit gegen menschenfeindliche Haltungen besonders wirksam verankert werden können.

In den Interviews wird jedoch auch deutlich, dass Schulen und Lehrkräfte unter erheblichem Druck stehen und vielfach an ihrer Belastungsgrenze arbeiten. Die Erwartungen an Schulen seien in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen, während die vorhandenen Ressourcen oft nicht ausreichen, um diese Aufgaben angemessen zu bewältigen. So wird darauf hingewiesen, dass Schulen nicht mit noch mehr Aufgaben überfrachtet werden dürfen. Vielmehr bräuchten sie entlastende Unterstützung, z.B. durch externe Akteur*innen und finanzierte Angebote bzw. Strukturen, die sich unkompliziert in den Schulalltag integrieren lassen:

*Zitat Expert*in: „Man darf den Schulen aber auch nicht noch mehr aufdrücken. (...) Es muss finanziert und gut organisiert sein, damit die Schulen sich einfach nur einklinken und mitmachen müssen.“*

Neben struktureller Entlastung unterstreichen die Expert*innen auch den Bedarf an Qualifizierung. Lehrkräfte stünden zunehmend vor Situationen, die demokratiepädagogische Kompetenz, Konfliktfähigkeit und Wissen über menschenfeindliche Ideologien erfordern. Häufig bestehe jedoch Unsicherheit im Umgang mit demokratiefeindlichen Vorfällen, insbesondere mit Rassismus oder diskriminierenden Äußerungen. In diesem Zusammenhang erklärt ein*e befragte Expert*in, dass die verbreitete Interpretation der schulischen Neutralitätspflicht häufig dazu führt, heikle Themen nicht klar zu adressieren.

*Zitat Expert*in: „Neutralitätspflicht ist nicht so gemeint, dass man rassistische Vorfälle ignoriert. Man muss Haltung zeigen.“*

Aus Sicht mehrerer Expert*innen wäre daher eine verbindlichere fachliche Weiterentwicklung notwendig.

Lokale Bündnisse und Initiativen:

In mehreren Gemeinden des Landkreises haben sich in den vergangenen Jahren neue zivilgesellschaftliche Initiativen und lokale Bündnisse gebildet, die sich aktiv mit Rechtsextremismus und demokratiefeindlichen Tendenzen auseinandersetzen. Dazu gehören unter anderem lokale, in unterschiedlichen Gemeinden des Landkreis ansässige Bündnisse gegen Rechts sowie Kooperationspartner wie die Initiative Beherzt aus Uelzen, die ebenfalls im Landkreis tätig ist.

Ein Teil der Interviewpartner*innen hebt hervor, dass diese Gruppen erst seit vergleichsweise kurzer Zeit sichtbar geworden sind. Hintergrund seien sowohl mediale Entwicklungen als auch konkrete politische Ereignisse. Im Zuge der Correctiv-Recherchen zu „Remigrationsplänen“ Anfang 2024 und den darauf folgenden bundesweiten Protesten habe sich auch im Landkreis spürbar etwas bewegt. Die erhöhte öffentliche Sichtbarkeit habe dazu geführt, dass diese Themen stärker in Alltagsgespräche Eingang fanden, etwa in Vereinen, auf Sportplätzen oder in Dorfgemeinschaften. Für manche Menschen sei damit ein Punkt erreicht gewesen, an dem sie nicht länger passiv bleiben wollten: Eine Fachkraft beschreibt dies wie folgt:

*Zitat Expert*in: „Dann ist für manche vielleicht die Schwelle überschritten und es wird gesagt: Ok, das reicht jetzt.“*

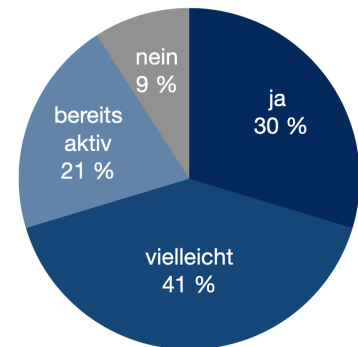
Die verschiedenen lokale Bündnisse gegen Rechts stellen wichtige demokratische Akteur*innen dar, weil sie Vorbildcharakter haben und deutlich machen, dass Zivilgesellschaft sich einmischen kann und darf. Zudem agieren sie unabhängig und können schnell auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Viele dieser Bündnisse organisieren zudem Vorträge, Workshops und Argumentationstrainings und leisten damit einen direkten Beitrag zur Stärkung demokratischer Handlungssicherheit in der Bevölkerung.

Potenzial: Breite Bevölkerung:

Wie bereits unter Punkt 2.1 anhand der Onlineumfrage dargestellt wurde, nehmen viele Menschen im Landkreis Lüneburg die Zunahme antidemokratischer Denkweisen und einen zu geringen Einsatz für Vielfalt als problematisch wahr. Diese Einschätzung ist nicht nur Ausdruck von Sorge, sondern kann als Ressource gelesen werden: **Demokratische Risiken werden klar erkannt und ein stärkeres Engagement für demokratische Werte wird gefordert.**

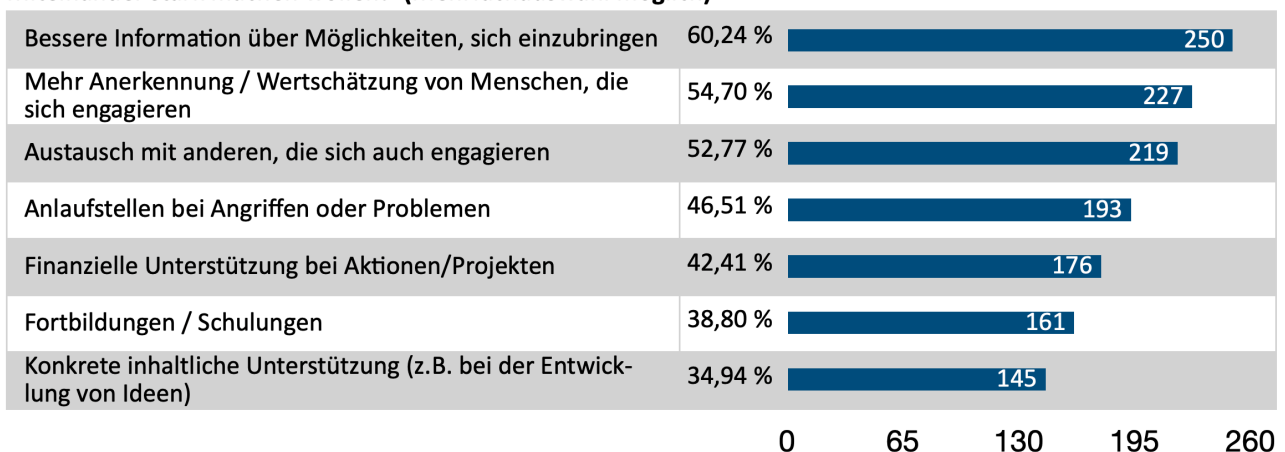
In diesem Zusammenhang wird an anderer Stelle in der Onlineumfrage ein großes Potenzial deutlich (s. Abbildung 13): **29,7 % der Befragten könnten sich vorstellen, sich in Zukunft für ein gutes Zusammenleben und für Demokratie zu engagieren**, weitere 40,7 % antworten mit „Vielleicht“, 20,6 % sind bereits engagiert. Nur 9,1 % lehnen Engagement klar ab. Damit signalisiert fast die Hälfte der Befragten ein klares oder bereits gelebtes Engagement, und rund 70 % sind grundsätzlich offen. Dieses deutliche Grundinteresse bildet ein zentrales Aktivierungspotenzial, das zeigt, dass viele Menschen bereit wären, sich einzubringen – wenn passende, niedrigschwellige und gut kommunizierte Angebote vorhanden sind.

Abbildung 13: Könnten Sie sich vorstellen, sich für ein gutes Zusammenleben im Landkreis einzusetzen oder mitzumachen?



Auf die Frage, was Menschen helfen würde (s. Abbildung 14), die sich im Landkreis gegen Ausgrenzung oder für ein gutes Miteinander stark machen wollen, hat die Mehrheit angegeben, dass sie **bessere Information** darüber benötigen, wo und wie man sich einbringen kann (60 %). Auch **Wertschätzung für Engagierte** (55 %), **der Austausch mit anderen Engagierten** (53 %) sowie **Anlaufstellen bei Angriffen oder Problemen** (47 %) sind zentrale Faktoren. Finanzielle Mittel, Fortbildungen und inhaltliche Unterstützung werden ebenfalls häufig genannt, aber erst nachgeordnet – was darauf hinweist, dass es weniger an Motivation fehlt als an Orientierung, Sicherheit und guter Begleitung.

Abbildung 14: Was würde Menschen helfen, die sich im Landkreis gegen Ausgrenzung oder für ein gutes Miteinander stark machen wollen? (Mehrfachauswahl möglich)



3.2 Die Rolle von kommunalpolitischen Akteur*innen

Der Landkreis Lüneburg verfügt bereits über mehrere verwaltungsinterne Strukturen, die für Demokratieförderung, Teilhabe und den Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen relevant sind. Genannt werden insbesondere die **Gleichstellungsbeauftragte**, das **Bildungs- und Integrationsbüro (BIB)** mit der **Koordinationsstelle Migration und Teilhabe** und dem **Rechtsextratismusbeauftragten**. Dessen Einrichtung vor etwa drei Jahren hat nach Einschätzung vieler Befragter wesentlich dazu beigetragen, das Themenfeld im öffentlichen Bewusstsein sichtbar zu machen und klare Zuständigkeiten zu schaffen.

Darüber hinaus nehmen auch die **Sozialraumbüros** eine besondere Rolle ein: Sie sind flächendeckend in allen Gemeinden präsent, beraten zu Fragen rund um das familiäre Leben und fungieren aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu den Lebenswelten der Menschen als „Sensoren vor Ort“. Mehrere Fachkräfte betonen, dass sie Entwicklungen, Belastungen und Bedarfe frühzeitig wahrnehmen und damit wertvolles Wissen für eine vorausschauende sozialräumliche Arbeit liefern.

Diese verschiedenen Stellen gelten als wichtige, verlässliche Anlaufpunkte, die Sensibilisierungsprozesse anstoßen, fachliche Unterstützung bieten und im Bedarfsfall konkrete Begleitung ermöglichen.

Gleichzeitig heben mehrere Interviewpartnerinnen die Rolle von **Bürgermeister*innen, Ratsmitgliedern oder lokal politisch engagierten Personen** hervor. Diese können eine zentrale Rolle in der Bearbeitung demokratiebezogener Problemlagen im Landkreis Lüneburg übernehmen – sowohl als politische Rahmensetzerinnen als auch als öffentliche Stimmen, die Orientierung geben und demokratische Werte sichtbar vertreten. Positive Narrative und „Gesichter“ vor Ort – also glaubwürdige Persönlichkeiten, die demokratische Werte authentisch verkörpern und sich für Vielfalt und eine offene Gesellschaft einsetzen – können eine hohe Wirkung entfalten. Solche lokalen Vorbilder gelten als vertrauensbildend, setzen gesellschaftliche Signale und tragen dazu bei, demokratische Haltungen im Gemeinwesen sichtbar und anschlussfähig zu machen.

Die Interviews geben jedoch hinweise darauf, dass politische Handlungsspielräume in einigen Gemeinden durch über Jahrzehnte gewachsene, informelle Strukturen begrenzt werden. Wie an anderer Stelle beschrieben, prägen in bestimmten Orten eher geschlossene Netzwerke, persönliche Loyalitäten und traditionelle Machtkonstellationen die kommunale Kultur. Diese Muster erschweren Veränderungsprozesse und führen dazu, dass Themen wie Demokratieförderung, Vielfalt oder Teilhabe nicht selbstverständlich adressiert werden. Einige Interviewte schildern, dass manche Verantwortliche sich stark an etablierten Zielgruppen orientieren und wichtige Gestaltungsmöglichkeiten ungenutzt bleiben. Es braucht daher dauerhaft klare politische Signale, die Demokratiewerk als Querschnittsaufgabe versteht – nicht als punktuelle Aktion oder individuelle Initiative einzelner Engagierter.

*Zitat Expert*in: „Verwaltung kann viel unterstützen – und nicht nur an bestimmten Tagen Flagge zeigen.“*

Und weiter:

*Zitat Expert*in: „Ich würde mir ein anderes Fundament wünschen. Klar zeigen als Kommune: Wo stehen wir? Wir treten ein für Vielfalt (und nicht nur am Tag der Vielfalt).“*

Solche politischen Signale haben nach Einschätzung der Interviewpartner*innen eine wichtige Orientierungsfunktion. Sie verhindern, dass demokratiefeindliche Positionen relativiert werden, und machen sichtbar, dass Institutionen und Amtsträger*innen menschenfeindlichen Tendenzen aktiv entgegenzutreten.

Zudem können kommunalpolitische Akteur*innen weit über symbolische Signale hinaus Einfluss auf das demokratische Klima im Landkreis nehmen. Besonders genannt werden:

- die Bereitstellung von Ressourcen, insbesondere für Begegnung, Prävention und Teilhabe,

- die Unterstützung von Schulen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die demokratische Kompetenz und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, sowie
- der Abbau von Barrieren, die z. B. Geflüchtete, queere Menschen oder andere marginalisierte Gruppen im Zugang zu Informationen, Beteiligung oder öffentlichen Räumen einschränken.

Insgesamt zeigt sich: Kommunalpolitische Akteur*innen können konstruktive Entwicklungen im Landkreis maßgeblich voranbringen – vorausgesetzt, sie nutzen ihre Handlungsspielräume aktiv, zeigen klare Haltung und schaffen strukturelle Voraussetzungen, die demokratische Teilhabe im Alltag ermöglichen.

3.3 Sektorübergreifende Kooperation

Eine gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und – sofern notwendig – Sicherheitsbehörden ist ein zentraler Schlüssel für die Bearbeitung der identifizierten Problemlagen. Bisher ist die sektorübergreifende Kooperation im Landkreis Lüneburg unterschiedlich ausgeprägt. Während in einigen Bereichen (z. B. Sozialraumbüros, Schulen, offene Jugendarbeit) bereits funktionierende Netzwerke bestehen, bleiben andere Akteurslandschaften eher fragmentiert und schwer erreichbar.

Eine besonders wichtige Rolle in der lokalen Kooperationslandschaft nehmen die bereits erwähnten **Sozialraumbüros** in den verschiedenen Samtgemeinden ein, die in engem Austausch mit den Akteur*innen vor Ort stehen und eine Art „Sensorfunktion“ einnehmen. Zudem finden auf lokaler Ebene in den Gemeinden zweimal jährlich **Sozialraumkonferenzen** statt, die von den Interviewpartner*innen als funktionierendes Format für Vernetzung beschrieben. Hier treffen sich verschiedene lokale Akteur*innen (Ehrenamt, Jugendarbeit, Jugendhilfe, Schule und Schulsozialarbeit), um Bedarfe vor Ort sowie Handlungsmöglichkeiten zu besprechen.

Die Sozialraumbüros und Sozialraumkonferenzen werden allerdings nicht explizit im Kontext von Demokratieförderung oder Extremismusprävention genannt. Sie fungieren vielmehr als sozialräumliche Basisstrukturen, auf denen aufgebaut werden kann. Ein Potenzial besteht darin, diese bestehenden Formate künftig durch klar definierte Schnittstellen zur Demokratieförderung, Prävention und politischen Bildung stärker systematisch einzubinden und für demokratierelevante Themen zu öffnen.

Die **Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft** wird in den Interviews unterschiedlich bewertet: Teilweise funktioniert sie gut, an anderer Stelle wird sie als schwierig beschrieben. Eine Person beschreibt etwa, dass Verwaltungswege „unbeweglich“ wirken und sich manche Bereiche „schwer öffnen“.

Zugleich hängt die Qualität der Kooperation stark von den einzelnen Ansprechpersonen ab. Einige Interviewpartner*innen berichten von konstruktiven Kontakten, andere von Erfahrungen, in denen „Türen geschlossen bleiben“, wenn Schlüsselpersonen wenig offen oder unterstützend sind.

Besonders herausfordernd wird die Beantragung von Fördermitteln beschrieben: Verfahren dauern lange, sind bürokratisch und für Menschen ohne Verwaltungs- oder Fachsprache schwer zugänglich.

*Zitat Expert*in: „Die Bürokratie ist extrem anstrengend. Das Verfahren von Anträgen - es dauert unglaublich lange. Gerade für Menschen, die sich mit der Fachsprache nicht so auskennen, z.B. Bewilligungsbescheide entziffern.“*

Ein wiederkehrender Punkt ist zudem das Fehlen klarer Ansprechpersonen für Demokratietarbeit auf Gemeindeebene. Während das neu entstandene Bündnis für Demokratie auf Kreisebene als

positive Struktur wahrgenommen wird, bleibt in vielen Gemeinden unklar, wer tatsächlich zuständig ist.

*Zitat Expert*in: „Auf Gemeindeebene gibt es keine richtige Person, die da ansprechbar ist. Man weiß nicht so genau, wo man ansetzen soll.“*

Darüber hinaus wird eine begrenzte Reichweite bestehender Netzwerkstrukturen angesprochen. Zwar gibt es vielfältige Akteur*innen im Landkreis, doch es fehlt ein systematischer Überblick darüber, „wer wo aktiv ist“ und welche Angebote bereits bestehen. Gewünscht wird daher ein zentraler Informationspunkt, an dem Engagementlandschaft, Zuständigkeiten und laufende Projekte sichtbar gebündelt werden.

*Zitat Expert*in: „Es ist schwer, die Netzwerkpartner zu erreichen. Im Landkreis müsste man erst mal schauen: wo ist wer aktiv, was sind die Themen? Einen zentralen Informationsort schaffen, auf den die Leute zugreifen können. Damit man nicht immer von null anfangen muss, wenn jemand neu dazukommt.“*

3.4 Benötigte Unterstützung

Die bisherigen Kapitel haben bereits deutlich gemacht, dass im Landkreis Lüneburg vielfältige Bedarfe bestehen, um demokratiebezogene Herausforderungen wirksam zu bearbeiten. Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende zentrale Unterstützungsbereiche hervorheben:

- **Schulen:** Bedarf an Sensibilisierung, Fortbildungen und Unterstützung durch externe Fachstellen („Unterstützung von außen“), insbesondere im Umgang mit diskriminierenden Einstellungen, Konflikten und Sozialen Medien.
- **Vereine:** Bedarf an Sensibilisierung und Impulsen, um Strukturen zu öffnen, neue Zielgruppen zu erreichen und Vielfalt konstruktiv einzubinden.
- **Vernetzung & Information:** Bedarf an klaren Ansprechpartner*innen, besserer Bündelung von Wissen sowie transparenteren und leichter zugänglichen Informationswegen zwischen relevanten Akteur*innen.
- **Aktivierung der breiten Bevölkerung:** Bedarf an niedrigschwelligen, klar kommunizierten und leicht zugänglichen Beteiligungsmöglichkeiten, die deutlich machen, wo und wie Engagement im Landkreis konkret möglich ist.

Zudem betonen zahlreiche befragte Expert*innen, dass Demokratieförderung und soziale Prävention nur dann langfristig Wirkung entfalten können, wenn sie **nachhaltig** gedacht werden und auf **dauerhaften Strukturen** beruhen.

*Zitat Expert*in: „Erst mal brauchen wir keine zeitlich begrenzten Projekte, sondern langfristige Strukturen, dauerhaft. Denn wir brauchen Zeit, um die Menschen zu erreichen und Dinge zu verändern.“*

Kurzfristige Projektlogiken („Projektitis“) führen immer wieder zu Unsicherheit und Belastung bei den handelnden Akteur*innen. Exemplarisch wird dies im Bereich der Migrationsberatung deutlich, wo Stellen oft nur jährlich verlängert werden. Gefordert werden daher dauerhaft verankerte Angebote sowie langfristige Strukturen, die für alle Beteiligten Verlässlichkeit bieten.

Neben fachlichen und strukturellen Bedarfen wird in der Untersuchung auch ein deutliches **Schutzbedürfnis** sichtbar — sowohl für **zivilgesellschaftlich Engagierte** als auch für **marginalisierte Gruppen**, wie insbesondere migrantisch oder queer gelesene Menschen.

Die Interviews verweisen auf **unterschiedliche Gefährdungslagen:**

- Insbesondere Personen und Initiativen, die sichtbar gegen rechtsextreme Strukturen arbeiten (z.B. im Kontext von Recherche- oder Aufklärungsarbeit) sind oftmals stark gefährdet („Zielscheibe“).

- Marginalisierte Gruppen sind potenziell von Diskriminierung oder Übergriffen bedroht und benötigen niedrigschwellige Schutz- und Beratungsangebote.

Benötigte Schutzmechanismen umfassen:

- Awareness- und Handlungskonzepte für Einrichtungen und Gemeinden, um im Fall eines Vorfalles vorbereitet zu sein,
- Schulungen zu Zivilcourage, Deeskalation und Selbstschutz,
- klare Absprachen zwischen Veranstalter*innen, Polizei und zivilgesellschaftlichen Gruppen,
- niedrigschwellige psychosoziale und rechtliche Beratung für Betroffene,
- sichtbare politische und gesellschaftliche Rückendeckung (z. B. Teilnahme von Verwaltung und Politik an öffentlichen Veranstaltungen).

3.5 Überregionale Vernetzungspotenziale

Der Landkreis Lüneburg kann in verschiedenen Bereichen von einer stärkeren überregionalen Vernetzung profitieren. Dabei ist wesentlich, zwischen Angeboten zu unterscheiden, die sofort vor Ort einsetzbar sind, und solchen, die eine aktive projektbezogene Kooperation erfordern.

Fachstellen und Beratungsangebote mit unmittelbarem Nutzen für den Landkreis:

Mehrere Interviewpartner*innen betonen das Potenzial von überregionalen Fachstellen, die gezielt Unterstützung im Umgang mit Rechtsextremismus, demokratiefeindlichen Vorfällen oder Diskriminierung bieten. Genannt werden insbesondere:

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (fachliche Einschätzung, Begleitung bei Vorfällen, Handlungsempfehlungen),
- Betroffenenberatung Niedersachsen (Unterstützung für Menschen, die von rechter oder rassistischer Gewalt betroffen sind),
- Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (Koordination, Programme, Fortbildung).

Diese Stellen werden als wichtige Anlaufpunkte beschrieben, die vor Ort entlasten und professionelles Know-how einbringen können. Sie können unmittelbar kontaktiert werden und kommen auf Anfrage direkt in den Landkreis.

Nutzung überregionaler Expertise in Bildung, Medienkompetenz und digitaler Prävention:

Mehrere Interviewpartner*innen betonen den Bedarf an externer Unterstützung im Bereich der Medienkompetenz. Überregionale Fachstellen und Programme können hier direkt Unterstützung leisten. Zu nennen sind hier insbesondere die Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM)¹⁷ und das JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis¹⁸. Beide bieten niedrigschwellige, praxisorientierte Formate, die auf Anfrage auch im ländlichen Raum umgesetzt werden können.

Die Angebote umfassen unter anderem:

- Workshops zu Fake News, Desinformation und digitaler Zivilcourage,
- „Counter Speech“-Trainings zur Stärkung argumentativer Handlungssicherheit,
- Medienkompetenz-Projekttag für Schulen und Jugendhäuser,
- Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und pädagogische Fachkräfte,
- Elternabende und Informationsveranstaltungen zum sicheren Umgang mit digitalen Räumen,
- Materialpakete und modulare Unterrichtsbausteine für die lokale pädagogische Arbeit.

Damit diese Programme im Landkreis wirksam umgesetzt werden können, benötigen sie allerdings lokale Partner*innen, die Räume bereitstellen, Zielgruppen einladen und die organisatori-

¹⁷ <https://www.nlm.de/medienkompetenz> (zuletzt aufgerufen am 09.01.2026).

¹⁸ <https://www.jff.de/> (zuletzt aufgerufen am 09.01.2026).

sche Begleitung übernehmen – z. B. Schulen, Jugendzentren, die Jugendpflege oder Sozialraumbüros.

Vernetzung mit Migrant*innenorganisationen und Empowerment-Strukturen:

In den Interviews wird darauf hingewiesen, dass es im Landkreis selbst nur wenige Migrant*innenorganisationen (MSO) gibt und diese überwiegend religiös verortet sind (z. B. DITIB, Alevitische Gemeinden). Überregionale MSO könnten helfen, Empowerment, Teilhabe und Selbstorganisation migrantischer Gruppen zu stärken.

Überregionale Netzwerke der Demokratieförderung und zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation:

Des Weiteren verweisen die Interviewpartner*innen auf bundesweite und landesweite Netzwerke, die wertvolle Austausch- und Lernmöglichkeiten bieten, jedoch bislang im Landkreis nicht systematisch genutzt werden. Beispiele sind:

- „Werkstatt der Mutigen“ – ein bundesweites Netzwerk für Kommunen, die sich gegen demokratiefeindliche Entwicklungen engagieren. Hier können Kommunen voneinander lernen, Tandems bilden und Erfahrungen austauschen. Diese Initiative bietet jedoch kein fertiges Angebot, sondern erfordert eine aktive Beteiligung des Landkreises oder einzelner Gemeinden.
- Kooperationen mit Kommunen in Ostdeutschland mit langjähriger Erfahrung im Umgang mit rechtsextremen Strukturen und Demokratieförderung, um von erfolgreichen lokalen Strategien zu profitieren.
- Regionale „Anti-Rechts“-Netzwerke und antifaschistische Initiativen, die bereits über gute Verbindungen zu Nachbarregionen verfügen. Eine bessere Anbindung offizieller Akteur*innen an diese Netzwerke könnte Austausch und Informationsfluss verbessern.

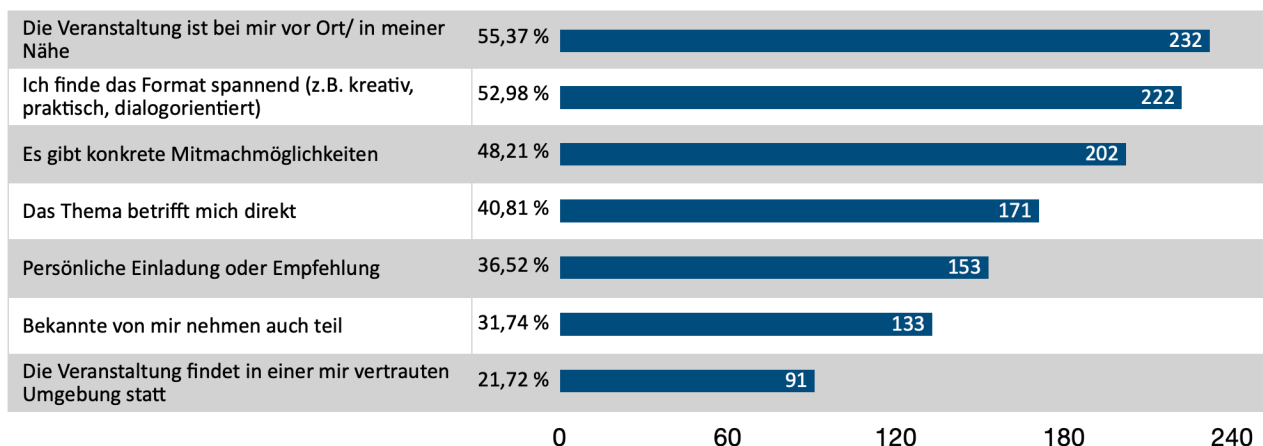
3.6 Geeignete Ansätze und Maßnahmen

Aus den Interviews und der Onlinebefragung ergibt sich ein breites Spektrum an Ansätzen und Maßnahmen, die zur Bearbeitung der beschriebenen Problemlagen im Landkreis Lüneburg beitragen können. Diese werden im Folgenden skizziert.

Angebote vor Ort:

Die Onlineumfrage macht deutlich, dass räumliche Nähe ein entscheidender Faktor für die Teilnahmebereitschaft ist (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 15: Was würde Sie motivieren, an Projekten oder Veranstaltungen teilzunehmen, in denen es um das Zusammenleben im Landkreis geht? (Mehrfachauswahl möglich)



Eine Mehrheit der Befragten (55,4 %) gibt an, dass sie vor allem Veranstaltungen motivieren würden, wenn sie direkt im eigenen Wohnort oder in unmittelbarer Umgebung stattfinden. Angebote „vor Ort“ werden damit zu einem zentralen Hebel, um Menschen tatsächlich zu erreichen und Beteiligung zu ermöglichen. In einem Flächenlandkreis bedeutet das: nicht zentrale Veranstaltungen in der Stadt Lüneburg, sondern Aktivitäten in den Gemeinden selbst.

Stärkung und Öffnung von vorhandenen Strukturen:

Auch in den Interviews wird betont, dass Demokratietarbeit dort stattfinden muss, „wo die Menschen ohnehin sind“. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich, dass vorhandene lokale Strukturen – Sportvereine, Feuerwehren, Landfrauen, Kirchengemeinden, Dorfgemeinschaftshäuser und weitere soziale Anlaufstellen – eine Schlüsselrolle einnehmen. Sie verfügen über große Reichweite, schaffen Vertrauen und bilden für viele Menschen den wichtigsten sozialen Bezugspunkt. Gleichzeitig können sie als Gatekeeper wirken: Sie eröffnen Zugänge oder verschließen sie, je nachdem, wie offen, sensibilisiert und handlungssicher die Verantwortlichen sind.

Um lokale Akteur*innen für Demokratietarbeit zu gewinnen, braucht es unterschiedliche Zugänge – denn viele Vereine, Feuerwehren oder Gemeinschaftsstrukturen befinden sich an sehr verschiedenen Ausgangspunkten. Einige sind für demokratierelevante Themen bislang kaum sensibilisiert. Hier steht zunächst im Vordergrund, Vertrauen aufzubauen, Interesse zu wecken und den Mehrwert von Demokratietarbeit sichtbar zu machen, ohne direkt mit umfangreichen Fortbildungen zu beginnen. Eine respektvolle Ansprache, das Aufzeigen konkreter Vorteile für den Vereinsalltag sowie niedrigschwellige Unterstützungsangebote sind in dieser ersten Phase entscheidend.

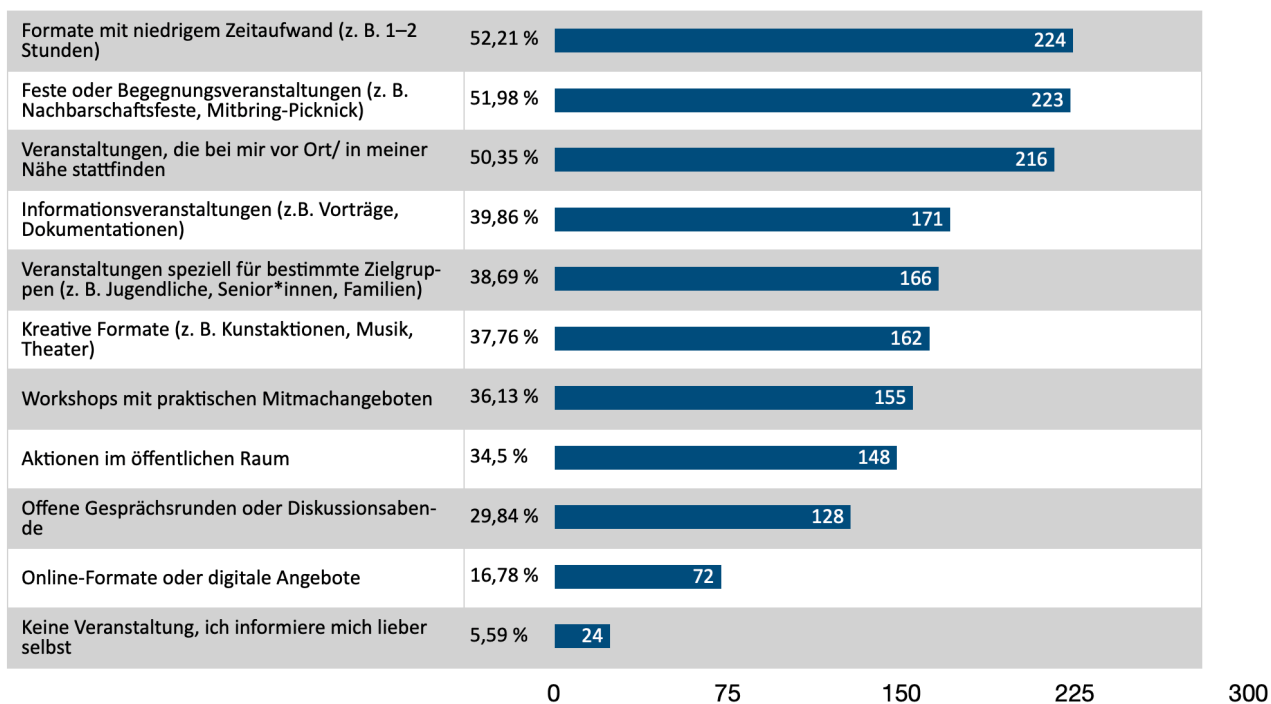
Andere Vereine und Verbände sind bereits offener oder sogar aktiv engagiert. In diesen Fällen können gezielt inhaltliche Angebote ansetzen – etwa Workshops zu Argumentationstechniken, der Umgang mit Verschwörungserzählungen, diskriminierungssensible Kommunikation oder Trainings für moderierte Konfliktgespräche. Viele Interviewpartner*innen betonen, dass solche Formate helfen, lokale Akteur*innen „handlungssicher“ zu machen und sie zu stärken, demokratische Werte im eigenen Umfeld zu vertreten – sei es im Verein, in der Feuerwehr, im Elternbeirat, im Dorfrat oder im direkten nachbarschaftlichen Kontext.

Zudem können vorhandene Strukturen durch konkrete, praxisnahe Maßnahmen geöffnet werden. Patenschaften, Beitragsübernahmen, „Schnupper-Angebote“, Dolmetsch-Pools oder die begleitende Unterstützung durch Vereinscoaches senken Zugangshürden für Gruppen, die sonst schwer Anschluss finden – wie etwa Zugewanderte, Jugendliche ohne Vereinsbindung oder Eltern mit wenig zeitlichen Ressourcen.

Schaffung von niederschweligen Begegnungsanlässen:

Ein weiterer zentraler Bereich betrifft Begegnung im Alltag. Die Interviews und die Umfrage stimmen darin überein, dass persönliche Begegnung wesentlich dazu beiträgt, Vorurteile abzubauen, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und Polarisierungen entgegenzuwirken. Als besonders erfolgversprechend werden Formate gesehen, die nicht explizit als „politisch“ gerahmt sind, sondern natürliche Anlässe zur Kontaktaufnahme bieten: Dorffeste, gemeinsame Essensformate („Lieblingsessen“ statt „interkulturelles Buffet“) oder offene Sportaktionen. Auch kreative Ansätze wie Musik- oder Spieleabende, Kochprojekte oder nachbarschaftliche Aktionen wurden mehrfach genannt. In der Onlineumfrage wurden genau diese niederschweligen, ortsnahen und zeitlich überschaubaren Angebote als besonders attraktiv bewertet (s. Abbildung 16).

Abbildung 16: Welche Art von Veranstaltung würde Sie besonders ansprechen? (Mehrfachauswahl möglich)



Offene Dialog- und Diskussionsformate:

Im Kontext von zunehmender Polarisierung stellt sich die Frage nach Räumen für Dialog. Sowohl in den Interviews, als auch in der Onlineumfrage wurde deutlich, dass sich viele Menschen Gesprächsformate wünschen, in denen unterschiedliche Meinungen ohne Angst vor Abwertung geäußert werden können. Dabei geht es nicht um belehrende Formate, sondern um moderierte Gespräche „ohne erhobenen Zeigefinger“. Ziel dieser Formate sollte es weniger sein, politische Detailfragen zu klären, als vielmehr demokratische Gesprächskultur zu stärken, Polarisierung entgegenzuwirken und Räume für respektvollen Austausch zu eröffnen.

Stärkung von Teilnehmungsformaten und demokratischer Mitgestaltung:

Mehrere Interviewpartner*innen betonen, dass Demokratieförderung besonders dann wirksam wird, wenn Menschen echte Mitgestaltungserfahrungen machen. Als Beispiel wird der Bürger*innenrat der Hansestadt Lüneburg hervorgehoben – ein Format, in dem Bürger*innen gemeinsam Lösungen zu ausgewählten Themen erarbeiten und erleben, dass ihre Empfehlungen tatsächlich in politische Entscheidungen einfließen.

*Zitat Expert*in: „Dadurch haben die Menschen das Gefühl, dass sie selbst etwas bewirken können und nicht alles nur durch ‚die da oben‘ bestimmt wird.“*

Beteiligung entsteht jedoch nicht nur in solchen formalisierten Verfahren. Sie kann ebenso in alltäglichen Kontexten verankert werden – etwa in Vereinen, Jugendzentren, bei Nachbarschaftsaktionen oder über einfache Mitmachformate wie Ideenboxen, kurze Feedbackrunden oder gemeinschaftliche Aktivitäten. Entscheidend ist, dort anzusetzen, wo Menschen sich ohnehin aufhalten, und Zugänge zu schaffen, die ohne große Hürden funktionieren. Besonders wirksam ist Beteiligung zudem immer dann, wenn sie an konkrete Anliegen geknüpft ist und unmittelbar erfahrbar macht, dass Rückmeldungen etwas bewirken. Diese Erfahrung stärkt demokratische Selbstwirksamkeit und erhöht das Vertrauen in lokale Teilnehmungsprozesse. Entsprechend gilt es, diese Formen der alltagsnahen Mitgestaltung weiter auszubauen.

Demokratiebildung alltagsnah und frühzeitig fördern:

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft die Demokratiebildung. Die Interviews machen deutlich, dass Demokratie oft als selbstverständlich wahrgenommen wird und viele Menschen, die sich „neutral“ verorten, häufig kaum Anlass sehen, sich aktiv damit zu beschäftigen. Gerade deshalb sei es

wichtig, deutlich zu machen, wofür Demokratie steht und welchen Wert sie für das alltägliche Zusammenleben hat. Vor diesem Hintergrund sollte Demokratiebildung positiv geframed, ermutigend und alltagsbezogen gestaltet sein. Gleichzeitig muss sie jedoch auch klar Position beziehen und menschenfeindliche, antidemokratische oder ausgrenzende Positionen benennen.

Ein besonders zentrales Ergebnis der Erhebung ist zudem, dass Prävention möglichst früh beginnen muss. Schulen und Kitas kommen hierbei eine zentrale Rolle zu: Wertevermittlung, soziale Kompetenzen, Konfliktlösung und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten sollten bereits im Kindergarten- und Grundschulalter gefördert werden. Insbesondere Medienkompetenz – inklusive der kritischen Auseinandersetzung mit Desinformation, Filterblasen und Hate Speech – gilt dabei als unverzichtbarer Baustein. Vor diesem Hintergrund braucht es neben Sensibilisierungs- und Fortbildungsangeboten für Fachkräfte verlässliche, gut organisierte und professionell durchgeführte Bildungsangebote, die Schulen und Kitas entlasten, statt sie zusätzlich zu belasten. Zudem wurde in den Interviews darauf hingewiesen, dass Lehrmaterialien und schulische Strukturen besser auf die vielfältiger werdende Gesellschaft abgestimmt werden müssen.

Aktivierung und Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement

Wie bereits an anderer Stelle deutlich wurde, besteht im Landkreis ein großes Aktivierungspotenzial: Viele Menschen können sich grundsätzlich vorstellen, sich einzubringen, fühlen sich jedoch von Zeitmangel, Unsicherheiten oder fehlender Orientierung ausgebremst. Was fehlt, sind klare Informationen, konkrete Anknüpfungspunkte und Wege, Engagement ohne große Verpflichtung auszuprobieren. Micro-Engagement bietet hier einen wichtigen Ansatz. Kleine, klar umrissene Aufgaben wie z.B. Fahrdienste, Lesepatenschaften, Unterstützung bei Festen oder punktuelle nachbarschaftliche Hilfe ermöglichen einen niedrigschwelligen Einstieg, der weder überfordert noch langfristige Bindung voraussetzt. Solche Formate schaffen erste positive Erfahrungen und erleichtern spätere, vertiefte Beteiligung.

Migrantische Bevölkerung gezielt ansprechen

Die Interviews machen deutlich, dass migrantische Communities im Landkreis bislang nur begrenzt von demokratiefördernden Angeboten erreicht werden. Dabei gilt es zu beachten, dass migrantische Communities keine homogene Gruppe sind, sondern sehr unterschiedliche politische Erfahrungen, Prägungen und Orientierungen aufweisen, die zielgruppensensible Ansätze erfordern.

Zudem existieren im Landkreis nur wenige Migrantenselbstorganisationen, von denen die meisten in der Hansestadt Lüneburg angesiedelt sind (z.B. LIVT.- Lüneburger Initiative für Vielfalt und Teilhabe, MigrantElternNetzwerk Lüneburg). Dadurch fehlen stabile Strukturen, über die Informations- und Beteiligungsangebote zielgerichtet verbreitet werden könnten. Um hier dennoch Anschluss zu ermöglichen, braucht es andere Zugänge: die Präsenz der Pfd in bestehenden Gremien wie dem Integrationsbeirat, die Zusammenarbeit mit einzelnen migrantischen Multiplikator*innen sowie Kommunikationswege, die an den spezifischen Lebensrealitäten von Migrant*innen im ländlichen Raum anknüpfen. Eine gezielte Öffnung bestehender Angebote sowie der Aufbau verlässlicher, niedrigschwelliger Kontaktpunkte kann daher ein zentraler Hebel sein, um Teilhabechancen zu erweitern und migrantische Perspektiven stärker in die lokale Demokratiearbeit einzubinden.

3.7 Angebote und Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung

Im Landkreisgebiet existiert eine Vielzahl an Angeboten und Strukturen, die Partizipation und demokratische Mitgestaltung ermöglichen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und mit teils ungenutzten Potenzialen.

Zu den bestehenden Beteiligungsstrukturen gehört der **Integrationsbeirat von Stadt und Landkreis**, der seit 2013 besteht und Vielfalt sowie migrationsbezogene Themen politisch adressiert. Es handelt sich um ein ehrenamtliches Gremium, das Politik und Verwaltungen zu Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrant*innen in der Region berät.

Zudem gibt es den **Behindertenbeirat des Landkreises**, der seit 2022 neu konstituiert ist. Als ebenfalls ehrenamtlich arbeitendes Gremium setzt er sich für Barrierefreiheit, Selbstbestimmung und eine stärkere Beteiligung von Menschen mit Behinderungen ein. Der Beirat fungiert als zentrale Anlaufstelle, vernetzt Akteur*innen und arbeitet eng mit Politik und Verwaltung zusammen.

Ein weiterer besonders bedeutsamer Bereich ist die kommunale **Jugendbeteiligung**. In allen Samtgemeinden bestehen Jugendforen oder Jugendräte, die – wenn auch unterschiedlich aktiv – als wichtige demokratische Lernorte beschrieben werden. Die Interviews verdeutlichen jedoch, dass ihr Potenzial noch nicht ausgeschöpft wird. Kritisiert wird insbesondere die begrenzte Anbindung an kommunalpolitische Entscheidungsprozesse:

*Zitat Expert*in: „Was nicht so gut funktioniert, ist, dass die Politik vor Ort den Jugendrat wirklich auf dem Schirm hat. (...) Es gibt noch viele andere Prozesse, wo die Jugendlichen beteiligt werden könnten.“*

Zudem wird sichtbar, dass Jugendliche nur dann motiviert bleiben, wenn politische Abläufe nachvollziehbar sind und ihr Engagement konkrete Wirkung zeigt. Auch eine stärkere Vernetzung der Jugendräte untereinander wird als Potenzial benannt, um Austausch, Sichtbarkeit und Wirksamkeit zu erhöhen:

*Zitat Expert*in: „Die Jugendräte sollten in engerem Austausch miteinander sein (...) sich auch überregional organisieren. Vielleicht eine Demo anstoßen für Themen, die ihnen wichtig sind.“*

Mit **diversu e.V.** existiert im Landkreis ein zentraler Akteur für Antidiskriminierungs- und Empowermentarbeit. Diversu bietet Beratung, Sensibilisierung, Workshops und Unterstützungsangebote im Bereich Antidiskriminierung an und vernetzt zivilgesellschaftliche Organisationen sowie engagierte Einzelpersonen im Rahmen eines regionalen **Antidiskriminierungsnetzwerks**. Obwohl die Angebote räumlich überwiegend in der Hansestadt Lüneburg verortet sind, wird Diversu von den befragten Expert*innen als strukturell relevant für den gesamten Landkreis beschrieben. Bei Bedarf findet Beratung auch vor Ort in den Gemeinden statt.

Ebenso tragen Veranstaltungsformate wie die **Lüneburger Wochen gegen Rassismus** zur Sensibilisierung und politischen Bildung bei. Sie bieten vielfältige Workshops, Vorträge und Kulturformate, schaffen öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Rassismus und dienen lokalen Initiativen als Plattform. Die Veranstaltungen finden jedoch schwerpunktmäßig in der Hansestadt statt, sodass Menschen aus entfernteren Gemeinden aufgrund der räumlichen Distanz nur eingeschränkt erreicht werden.

Besonders hervorgehoben wurde in den Interviews und der Onlineumfrage zudem das **mosaique e.V.** – Haus der Kulturen in Lüneburg. Hierbei handelt es sich um einen offenen, spendenfinanzierten Begegnungs- und Kulturort mit Angeboten wie Erzählcafés, Sprachangeboten, Kulturveranstaltungen oder Alltagshilfen. Das mosaique hat Strahlkraft über die Stadt hinaus und wird auch von Menschen aus dem Landkreis als wichtiger Ort der Begegnung wahrgenommen. Gleichzeitig machen die Interviews deutlich, dass der Standort für viele Bewohner*innen entfernterer

(Samt-)Gemeinden nur eingeschränkt erreichbar ist. Die Angebote bräuchten deshalb stärkere lokale Entsprechungen direkt vor Ort. Als potenzielle Ankerpunkte werden in diesem Zusammenhang die **Sozialraumbüros** genannt, die in einigen Gemeinden bereits als niedrighschwellige Begegnungsorte fungieren und Raum für Angebote und Austausch schaffen.

Schließlich übernehmen **Schulen** sowie lokale **Religionsgemeinschaften, Vereine und Organisationen** (z.B. Sport- und Schützenvereine, Feuerwehren, Landfrauen) zentrale Funktionen im Bereich demokratischer und gesellschaftlicher Bildung. Sie sind wichtige Orte, an denen Wertevermittlung, soziale Aushandlungsprozesse und Begegnung alltagsnah stattfinden. Ihre Rolle wurde in früheren Kapiteln bereits ausführlich beschrieben und bildet eine wesentliche Grundlage für Partizipation und demokratische Gestaltung im Alltag.

Insgesamt zeigt sich, dass im Landkreis Lüneburg bereits vielfältige Strukturen und Angebote für Partizipation und demokratische Mitgestaltung bestehen. Vor allem dort, wo Angebote wohnortnah verankert sind, entsteht das Potenzial, dass Beteiligung niederschwellig zugänglich ist und als unmittelbarer und wirksamer wahrgenommen wird. Gleichzeitig befindet sich ein erheblicher Teil der zentralen Angebote, wie z.B. diversu, das mosaïque oder die Sitzungen des Integrationsbeirats – in der Hansestadt Lüneburg. Für Menschen aus entfernteren Samtgemeinden führt dies häufig zu langen Wegen, **eingeschränkter Erreichbarkeit** und teils auch zu faktischen Ausschlüssen, wenn Mobilität fehlt oder nur begrenzt vorhanden ist.

Die Analyse macht damit deutlich: **Dezentrale Strukturen und funktionierende Mobilitätslösungen** sind zentrale Voraussetzungen, um demokratische Teilhabe im gesamten Landkreis zu stärken. Wo Begegnung, Beratung und Beteiligung direkt vor Ort möglich sind, erhöhen sich Zugänge, Reichweite und die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen sich aktiv einbringen. Die **Stärkung solcher lokalen Anknüpfungspunkte** – als Ergänzung zu zentralen Angeboten in der Stadt – ist daher entscheidend, um die identifizierten Problemlagen konstruktiv zu bearbeiten und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten im Landkreis langfristig zu sichern.

4. Fazit

Die Situations- und Ressourcenanalyse für den Landkreis Lüneburg zeigt ein komplexes, in Teilen widersprüchliches Bild: Der Landkreis verfügt einerseits über vielfältige zivilgesellschaftliche Ressourcen, engagierte Akteur*innen und eine grundsätzlich hohe Bereitschaft der Bevölkerung, sich für ein gutes Miteinander einzusetzen. Andererseits bestehen in einzelnen Regionen verfestigte rechtsextreme Strukturen, vielfältige Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie ein deutlich wahrnehmbares politisches Vertrauensdefizit, die das gesellschaftliche Zusammenleben belasten und demokratische Prozesse herausfordern.

Die Analyse macht deutlich, dass Demokratietarbeit im Landkreis Lüneburg stark vom Raumkontext geprägt ist. Die ausgeprägte Stadt-Land-Differenz, eingeschränkte Mobilitätsangebote, soziale Ungleichheiten sowie die historische und geografische Sonderstellung einzelner Gemeinden schaffen strukturelle Bedingungen, die sowohl Teilhabe als auch demokratische Resilienz beeinflussen. Besonders im Osten des Landkreises treffen infrastrukturelle Schwächen und gewachsene extrem rechte Netzwerke zusammen und verstärken sich gegenseitig.

Gleichzeitig verdeutlichen Interviews und Umfrage, dass die gesellschaftliche Mitte unter Druck steht: viele Menschen erleben ein Gefühl politischer Entfremdung, finden demokratische Debatten zunehmend konfliktbehaftet und suchen Orientierung in einer Zeit multipler Krisen. Polarisierungstendenzen, digitale Echokammern und eine Verschiebung des Sagbaren beschleunigen diese Entwicklungen und tragen zur Normalisierung abwertender Haltungen bei.

Trotz dieser Herausforderungen zeigt die Analyse ein erhebliches Potenzial für konstruktive Entwicklungen. Die hohe Engagementbereitschaft in der Bevölkerung, die starke Rolle lokaler Vereine, Feuerwehren und Kirchengemeinden, die funktionierenden Strukturen der Jugendbeteiligung sowie aktive zivilgesellschaftliche Initiativen bieten eine breite Basis für eine nachhaltige Demokratieförderung. Viele Menschen im Landkreis nehmen demokratiefeindliche Tendenzen bewusst wahr und wünschen sich mehr Engagement und sichtbare demokratische Gegenkräfte.

Für die künftige Arbeit der Partnerschaft für Demokratie bedeutet dies: wirksame Demokratieförderung im Landkreis Lüneburg muss lokal anschlussfähig, sozialräumlich differenziert und strukturell langfristig ausgerichtet sein. Zentral ist dabei, Orte zu stärken, an denen Menschen ohnehin zusammenkommen, niedrighschwellige Beteiligungswege zu eröffnen und lokale Akteur*innen handlungssicher zu machen. Ebenso entscheidend sind frühzeitige demokratiepädagogische Impulse in Schulen und Kitas, der Ausbau digitaler Resilienz sowie eine klare Haltung kommunalpolitischer Entscheidungsträger*innen.

Zusammengefasst zeigt die Analyse: Der Landkreis Lüneburg steht vor erheblichen Herausforderungen – besitzt aber zugleich alle wesentlichen Voraussetzungen, um demokratische Kultur, Zusammenhalt und Teilhabe nachhaltig zu stärken. Das zukünftige Handlungskonzept kann auf diesen Ressourcen aufbauen und dazu beitragen, vorhandene Potenziale zu mobilisieren und demokratische Infrastruktur strukturell zu verankern.

5. Literatur- und Quellenverzeichnis

Amtliche und kommunale Quellen

- Landkreis Lüneburg (2025): Pflegebericht Landkreis Lüneburg 2025.
- Kommunale Datenbank Niedersachsen: NI-A01.3i.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.) (2024): Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2023. Hannover.

Presse- und Onlinequellen

- Landeszeitung Lüneburg (o. J.): „Gehalts-Check: Was die Menschen im Landkreis Lüneburg im Durchschnitt verdienen“, online unter: <https://www.landeszeitung.de/lokales/lueneburg-lk/gehalts-check-was-die-menschen-im-landkreis-lueneburg-im-durchschnitt-verdienenen-76YDM-PYOCNAEJP4JIXWWHKJ55A.html> (zuletzt abgerufen am 02.12.2025).
- Wahlpräsentation der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO): Bundestagswahl 2025, online unter: <https://votemanager.kdo.de/20250223/03355000/praesentation/index.html> (zuletzt abgerufen am 02.12.2025).
- Landeszeitung Lüneburg (o. J.): Bericht zur Verurteilung wegen Volksverhetzung, online unter: <https://www.landeszeitung.de/lokales/lueneburg-lk/lueneburg/landgericht-lueneburg-haftstrafe-fuer-mann-aus-bardowick-wegen-volksverhetzung-MNCKEBZNSFEBNG55ASBVBLIC3Y.html> (zuletzt abgerufen am 27.11.2025).
- Landkreis Lüneburg (o. J.): Pressemitteilung „Update: Brand in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Wittorf“, online unter: <https://www.landkreis-lueneburg.de/das-wichtigste-auf-einen-blick/aktuelle-informationen/presse/pressemitteilungen/update-brand-in-einer-geplanten-fluechtlingsunterkunft-in-wittorf.html> (zuletzt abgerufen am 27.11.2025).

Wissenschaftliche Literatur

- Greenberg, Pyszczyński & Solomon (2015): The Worm at the Core. On the Role of Death in Life. New York: Random House.
- LIfBi – Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (2023): Politisches Vertrauen während der Corona-Pandemie. Ergebnisse aus dem Projekt PEPP-COV. (LIfBi Forschung kompakt Nr. 6). Bamberg: LIfBi. Online unter: https://www.lifbi.de/Portals/2/Publikationen/Transferberichte/LifBi_Forschung_kompakt/LifBi-Forschung-kompakt_06_PEPP-COV.pdf (zuletzt abgerufen am 26.11.2025).

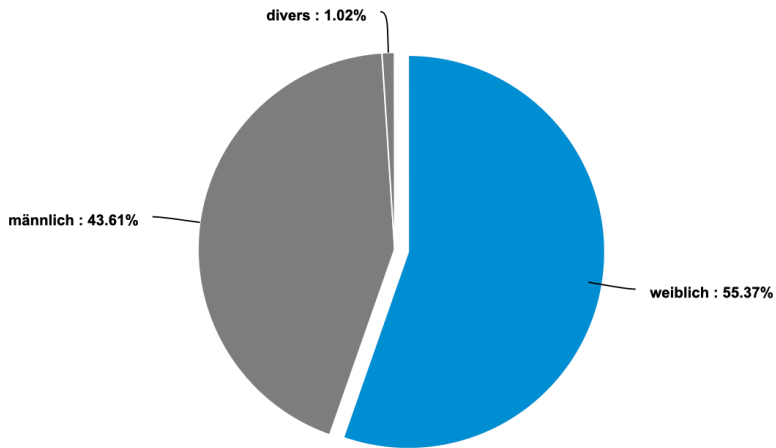
Institutionen und Programme

- Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM): Medienkompetenz, online unter: <https://www.nlm.de/medienkompetenz> (zuletzt abgerufen am 28.11.2025).
- JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, online unter: <https://www.jff.de/> (zuletzt abgerufen am 28.11.2025).

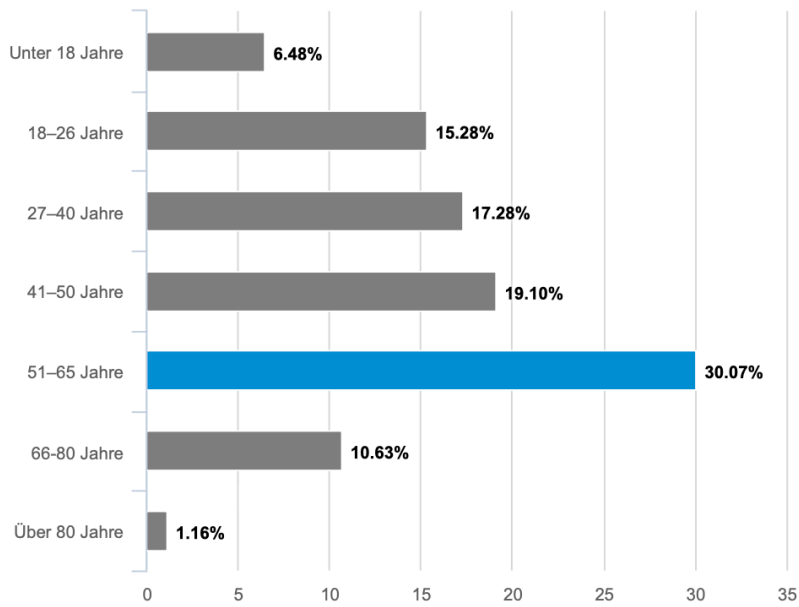
6. Anhang

Daten zu den Teilnehmenden der Onlineumfrage

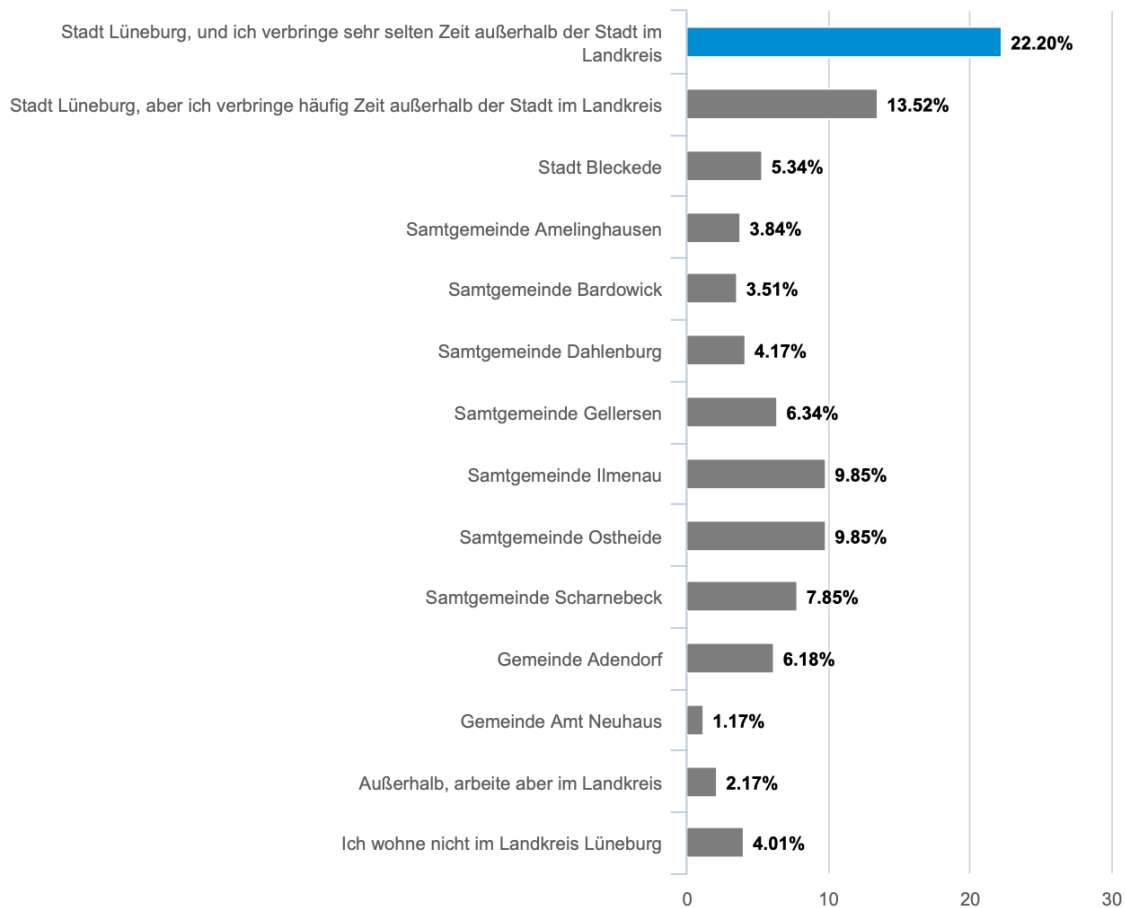
6.1 Geschlecht



6.2 Alter



6.3 Wohnort



6.4 Wohnhaft im Landkreis seit:

